Planen und Bauen in Wien 1966

Zusammengestellt von Horst Riedler

Stadt-Fernheizung

Small

Gudrunstraße 179 Wien 10 Ruf (02 22) 64 16 06 Serie Telex (01) 2205

Heizung • Lüftung • Klima • Hochdrucklüftung • Sanitäre Anlagen

Fra 78/81

Das Baubudget 1966 der Stadt Wien

Rund 3222 Millionen Schilling, das ist mehr als ein Drittel des gesamten Budgets der Stadt Wien, wurden 1966 für Bauvorhaben vorgesehen. Dieser Betrag teilt sich folgendermaßen auf:

Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz	*283,5*	*Millionen*
Sonstige Darlehen und Zuschüsse zur Wohnbauförderung	*168,55*	*Millionen*
Zinsenfreie Instandhaltungsdarlehen	*180,0*	*Millionen*
Kommunaler Wohnhausbau	*942,0*	*Millionen*
Sonstige Bauten	*1248,276*	*Millionen*
Laufende Erhaltung und Instandsetzung	*400,077*	*Millionen*
	3222,403	*Millionen*

Was die Stadt Wien mit ihrem Bauprogramm 1966 geleistet hat, soll diese Chronik zeigen. Darüber hinaus werden aber auch noch andere interessante Bauten zur Abrundung des Bildes erwähnt.

Wohnungsbau

Bis Jahresende 1966 hat die Stadt Wien nun schon rund 150 000 Wohnungen im Rahmen der beiden kommunalen sozialen Wohnbauprogramme errichtet. Während der Ersten Republik wurden von der Stadt Wien rund 64.000 neue Wohneinheiten hergestellt, seit 1945 sind es nun schon mehr als 86.000 Wohnungen, die übergeben werden konnten. In den 32 Jahren, in denen nun die Gemeinde Wien Wohnungen baut, hat sich in der Bauweise, Wohnungsgröße und Ausstattung viel geändert. Wurden in der Ersten Republik die Wohnhausanlagen ausschließlich in der Blockbauweise errichtet, so ging die Stadtverwaltung nach dem zweiten Wltkrieg zur offenen Reihen- und Zeilenbauweise über. Noch mehr Luft und Licht, Grünflächen und Spielplätze stehen bei der heutigen Wohnhausform den Bewohnern zur Verfügung. In der Zwischenkriegszeit betrug die durchschnittliche Wohnungsgröße 39 m², heute liegt sie schon bei 60 m². Nachdem in den ersten 15 Jahren nach Ende des zweiten Weltkrieges der Wiederaufbau der zerstörten Gemeindewohnbauten abgeschlossen und darüber hinaus die ärgste Wohnraumnot eingedämmt war, konnte die Stadtverwaltung beginnen, mit größerem Kostenaufwand die Wohnungen stets besser und gediegener auszuführen. Heute werden nur mehr Wohnungen mit Zentralheizung, vollständig eingerichtetem Bad und mit Hartholzböden gebaut. Als im Jahre 1962 mit dem Bau der ersten Fertigteilhäuser in Neu-Kagran begonnen wurde, war auf dem Wohnungsbausektor Wiens ein neuer Zeitabschnitt angebrochen. Das Montagebauverfahren hat sich sowohl in qualitativer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht bestens bewährt. Im Vorjahr wurde mit dem Bau einer neuen Montagebaufabrik am Südrand der Stadt begonnen. Sie wird alle Montagebau-Baustellen südlich der Donau mit Fertigteilen beliefern.

Im Jahre 1966 wurde mit dem Bau von rund 5900 Wohnungen begonnen. Von dieser Gesamtzahl entfallen rund 2350 Einheiten auf die Montagebau-Wien und rund 400 auf andere Fertigteil-Systeme.

Von den 1966 fertiggestellten städtischen Wohnhausanlagen muß vor allem der Bundesländerhof in der Bernoullistraße im 22. Bezirk erwähnt werden. Die im Montagebauverfahren errichtete Wohnhausanlage umfaßt 1003 Wohnungen und 5 Ärzteordinationen. Der Name „Bundesländerhof" für eine der modernsten und schönsten Wohn-

hausanlagen dokumentiert die Verbundenheit Wiens mit den anderen Bundesländern. Ebenfalls im 22. Bezirk, in der Eipeldauerstraße, wurde eine neue Montagebausiedlung mit 996 Wohnungen übergeben, die restlichen 108 Wohneinheiten, der insgesamt 1104 umfassenden Anlage, werden 1967 fertiggestellt.

Von den Wohnhausanlagen, die in konservativer Bauweise errichtet wurden, muß die neue Anlage in der Krottenbachstraße im 19. Bezirk genannt werden. Der 1966 fertiggestellte erste Bauteil umfaßt 299 Wohnungen und eine Mutterberatungsstelle. Mit dem Bau des zweiten Teiles der Anlage wurde bereits begonnen. Im 11. Bezirk wurden die zweiten Bauteile der Wohnhausanlagen Kopalgasse und Weißenböckstraße übergeben. In der Langobardenstraße im 22. Bezirk wurde der vierte und letzte Bauteil der 1527 Wohnungen umfassenden Wohnhausanlage fertiggestellt. Von den 508 Wohnungen, die im Vorjahr übergeben wurden, sind 32 als Heim für alte Menschen ausgeführt.

In der Per Albin Hansson-Siedlung wurde 1966 mit dem Bauteil Nord 2 begonnen. Er besteht aus 168 zweigeschossigen Einfamilien-Reihenhäusern, die in 23 Baukörper zusammengefaßt sind. Jede Wohneinheit besteht aus Wohnzimmer, Küche, WC, Vorraum und ein oder zwei Abstellräumen im Erdgeschoß sowie einem Elternschlafraum, zwei Kinderschlafräumen, Bad, Vorraum und allenfalls einem Balkon im Obergeschoß. Dem Wohnzimmer ist eine Terrasse vorgelagert. Der Bauteil Ost 1 der Per Albin Hansson-Siedlung wurde ebenfalls im Vorjahr in Angriff genommen. Er umfaßt 1134 Wohnungen in 82 vier- und neungeschossigen Häusern.

Die Assanierungsarbeiten in Lichtental konnten 1966 abgeschlossen werden. Nach Abbruch einiger baufälliger Althäuser wurden drei neue Wohnbauten mit insgesamt 55 Wohnungen, 7 Geschäftslokalen und 3 Ateliers errichtet. Zur weiteren Verbesserung der Wohnbedingungen für Krankenschwestern wird die Stadt Wien zwei neue Schwesternwohnhäuser errichten: eines mit 80 Wohnungen im 19. Bezirk, Raffelspergergasse und eines mit 240 Wohneinheiten im 13. Bezirk, Riedelgasse.

In Groß-Jedlersdorf wird in den nächsten Jahren ein neuer Stadtteil für 10.000 Bewohner entstehen. Zur Erlangung von Verbauungsentwürfen wurde ein städtebaulicher Ideenwettbewerb ausgeschrieben. Außer dem Bau von Wohnhausanlagen mit insgesamt 2500 Wohnungen sind noch zwei Volks- und Hauptschulen, eine Sonderschule mit Internat, drei Kindergärten, ein Sportplatz und einige Ladengruppen vorgesehen.

Neben dem kommunalen Wohnungsbau leistet die Stadt Wien seit 1966 einen weiteren wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Wohnungssituation. Der Wiener Gemeinderat hat im Februar eine Kreditaktion beschlossen, die den Wohnungssuchenden bei der Aufbringung von Baukostenanteilen für wohnbaugeförderte Genossenschaftswohnungen helfen soll. Die Aktion sieht vor, daß die Gemeinde Wien den gesamten Zinsendienst für Darlehen übernimmt, die Wohnungswerber zur Aufbringung von Eigenmittel aufnehmen müssen. Um die Kreditaktion, die vorläufig vier Jahre laufen soll, auf eine breite Basis zu stellen, werden bis 1969 alljährlich 175 Millionen dafür zur Verfügung gestellt werden.

Schulen, Heime, Kindergärten

Mit der neuen Schule auf dem Enkplatz in Simmering wurde der zweitgrößte Schulbau Wiens seit 1945 fertiggestellt. In dem fünfgliedrigen Gebäudekomplex sind 24 Schulklassen, eine Empfangs- und Pausenhalle, zwei Turnsäle, eine Zentralheizungsanlage und alle sonstigen erforderlichen Nebenräumlichkeiten untergebracht. Von dem 9500 m² großen Areal wurden fast 4000 m² verbaut und die restliche Fläche wurde als Grünanlage und Spielplatz gestaltet. Das neue Schulgebäude wurde in einer Bauzeit von knapp drei Jahren errichtet und kostete rund 43 Millionen Schilling.

Das Hauptgewicht des Schulbauprogramms der Stadt Wien wurde auf die Neubaugebiete nördlich der Donau gelegt. In den Bezirken 21 und 22 waren im Vorjahr fünf neue Schulen in Bau. In der Roda-Roda-Gasse in Floridsdorf wurde der im Jahre 1964 begonnene Schulneubau um sechs Klassen, einen Turnsaal und eine Schulwartwohnung erweitert. Der Unterricht konnte in dem bereits fertiggestellten ersten Bauteil, der aus 14 Klassen, 9 Sonderklassen, einem Turnsaal und einer Schulwartwohnung besteht, während des Schuljahres 1965/1966 aufgenommen werden. Mit der Fertigstellung des gesamten Baues ist im Jahre 1967 zu rechnen. Ebenfalls im 21. Bezirk, in der Dunantgasse wurde an der Fertigstellung des 14-klassigen Schulneubaues weitergearbeitet. In der Schule in der Düsseldorfstraße im 22. Bezirk konnte zu Schulbeginn der Betrieb aufgenommen werden. Zugleich wurde mit dem 2. Bauteil, der aus 8 Klassen, 2 Sonderklassen und einem Turnsaal besteht, begonnen. Der Erweiterungsbau wird 1967 fertig gestellt. Alle drei Schulen wurden in Fertigteilbauweise hergestellt.

Wohnhausanlage Bundesländerhof

Volks- und Hauptschule am Enkplatz

In konservativer Bauweise entsteht eine neue Schule in der Wagramer Straße. Sie umfaßt 14 Klassen, 4 Sonderklassen, 2 Turnsäle mit Garderoben, getrennt für Mädchen und Knaben. Das Schulgebäude hat ein Stockwerk und ist teilweise unterkellert. Ebenfalls in konservativer Bauweise wird in der Anton Sattler-Gasse im 22. Bezirk ein neues Schulgebäude mit 8 Klassen und 2 Sonderklassen sowie den entsprechenden Nebenräumen errichtet. In der Bendagasse im 23. Bezirk wurde mit der Errichtung eines Zubaues für 4 Klassen begonnen. Alle diese Schulen werden voraussichtlich im Jahre 1967 fertiggestellt. Mit dem ersten Bauteil einer neuen Schule in der Adalbert Stifter-Straße, Wien 20, wurde im Herbst 1966 begonnen. Das Gebäude umfaßt 10 Klassen und einen Turnsaal. Später sollen noch zwei weitere Bauteile errichtet werden. Ein Schulneubau in der Mangasse im 23. Bezirk wird im Montagebauverfahren hergestellt. Er wird ebenfalls 1967 fertiggestellt.

Im Februar des Vorjahres gab der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates die grundsätzliche Genehmigung zur Errichtung einer neuen sechzehnklassigen Volks- und Hauptschule für Knaben und Mädchen auf dem Marschallplatz im 12. Bezirk. Die zuständigen Magistratsabteilungen konnten auf Grund dieses Beschlusses mit der Erstellung der Pläne und mit der Grundfreimachung beginnen. Weiters gab der Bauausschuß seine Bewilligung für Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten an einer Reihe älterer städtischer Schulbauten. Die Kosten für diese Arbeiten, die auch noch 1967 andauern, werden bei rund 22 Millionen Schilling liegen.

Der 19. Bezirk hat mit Schulbeginn endlich eine eigene Mittelschule erhalten. Sie ist eine der modernsten in Österreich und erforderte einen Kostenaufwand von rund 56 Millionen Schilling. Das Gebäude liegt in einem 36.000 m² großen Grundstück in der Billrothstraße. 4000 m² dieser Fläche wurden verbaut. Die Bauzeit betrug 3 Jahre.

In Floridsdorf in der Franklinstraße konnte in dem neuen Bundesrealgymnasium ebenfalls der Unterricht mit Schulbeginn aufgenommen werden. Die letzten Bauarbeiten wurden bis Ende des Jahres abgeschlossen; die Grün- und Sportanlagen werden allerdings erst im Frühjahr 1967 benützbar sein.

Im Oktober 1966 wurde schließlich als dritte neue Mittelschule die Höhere Graphische Lehr- und Versuchsanstalt im 14. Bezirk, in der Leyserstraße, fertiggestellt.

Außer diesen drei Schulbauten hat das Bautenressort des Bundes seit 1945 sechs Mittelschulbauvorhaben mit einem Kostenaufwand von 128 Millionen Schilling realisiert. An fünf weiteren Objekten, die zusammen voraussichtlich 183 Millionen Schilling kosten werden, laufen gegenwärtig noch die Arbeiten. Um dem noch immer in Wien herrschenden Mangel an Mittelschulen abzuhelfen, plant der Bund noch sechs Schulneubauten, für die man die Gesamtkosten von 496 Millionen Schilling rechnet. Ein bemerkenswerter Schulneubau wurde mit dem Konvent der Dominikanerinnen in Wien—Hacking fertiggestellt. Die Schlafräume dieser Internatsschule für 100 Mädchen gruppieren sich jeweils um eine kleine Halle. So entstanden mehrere Gruppenhäuser, von denen je zwei einen kleinen Wohnhof bilden. Dominierend sind die zwei Gebäudeteile, die den Turnsaal und den Festsaal enthalten. Das Schulgebäude wurde von Architekt Gustav Peichl entworfen.

Bei Kindergärten setzt sich immer mehr die Fertigteilbauweise durch. So wurden im Jahre 1966 fünf neue Kindertagesheime in Montagebauweise von der Stadt Wien fertiggestellt: eines für 4 Gruppen in der Aistsiedlung im 21. Bezirk, eines für 5 Gruppen in der Rugierstraße, im 22. Bezirk, eines für 5 Gruppen in der Wienerfeldsiedlung-West, Gimniggasse im 10. Bezirk und eine Tagesheimschule für zwei Gruppen in der Herzgasse ebenfalls im 10. Bezirk. Bereits 1965 wurde die neue Kindertageserholungsstätte Weissau im 22. Bezirk, Schödelbergergasse, in Angriff genommen. Die Fertigstellung dieser Heimstätte für 8 Gruppen ist für das Jahr 1967 geplant. Das Objekt wird voraussichtlich 6,3 Millionen Schilling kosten.

Die Israelitische Kultusgemeinde hat Anfang Mai in der Leopoldstadt, Krummbaumgasse 8, ein neues Jugendzentrum eröffnet. Mit diesem „Haus der Jugend", dessen Klub- und Gesellschaftsräume modern ausgestaltet wurden, hat Wien eine Stätte der Begegnung junger Menschen mehr.

Krankenhäuser und Spitäler

Die Erweiterung des Wilhelminenspitals wurde 1966 mit der Fertigstellung des Zentralröntgengebäudes abgeschlossen. Das gesamte Bauprogramm umfaßte den Neubau von zwei Pavillons — eines chirurgischen und eines medizinischen — mit insgesamt 559 Betten. Die Gesamtbettenzahl des Wilhelminenspitals erhöhte sich damit auf 1824. Außer diesen beiden Großbauten wurde

JÄGER

ZENTRALHEIZUNGEN — ÖLFEUERUNGEN
GASHEIZUNGEN — SANITÄRE ANLAGEN

KARL JÄGER

1061 Wien
Liniengasse 4
Tel. 57 65 69

5020 Salzburg
Jahnstraße 12
Tel. 73 5 90

Fra 82/81

Architekt und Stadtbaumeister

HANS HORNEK

1120 Wien XII, Edmund Reim-Gasse 26
(bei Sagedergasse 29), Tel. 83 34 45

Sämtliche Baumeisterarbeiten

Scha 138/81

Walter Gauf

Spezialunternehmen für Abbrüche von Häusern, Industrieanlagen, Aufräumungen usw., Handel mit Baumaterialien und Baustoffen

Lagerplatz und Büro:
1190 Wien XIX, Heiligenstädter Str. 62
Tel. 36 14 84, 36 26 63

Scha 58/81

Asphaltunternehmung

Raimund Guckler

Straßenbau, Asphaltierungen, Isolierungen, Schwarzdeckungen

Kontrahent der Gemeinde Wien

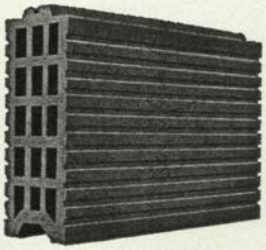
1100 Wien X,
Ludwig v. Höhnel-Gasse 11—15
Telefon 64 12 76, 64 12 77

Scha 127/81

ZIAG

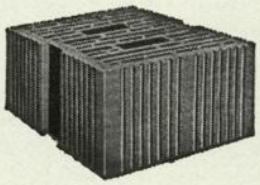
ZIEGELINDUSTRIE
AKTIENGESELLSCHAFT

1., Renngasse 6 Postfach 103
A-1014 Wien Fernruf 63 55 08



ZWISCHENWAND-ZIEGEL
(TRENNWÄNDE)
6,5 und 10 cm Wandstärke

SCHWEIZER SPEZIAL-HOCHLOCH-ZIEGEL
30 cm Wandstärke



Fra 110/81

Georg Mahlmeister

BAU- UND MÖBELTISCHLEREI

1200 WIEN XX, ENGERTHSTRASSE 136
Tel.: 33 35 76

Fu 9/81

BAU- UND
MÖBELTISCHLEREI

F. KRAMAR

1223 WIEN XXII, MOISSIGASSE 9 / 55 63 83
(24 43 83)

Ausführung von
INNENRAUM-GESTALTUNG
Hotel, Gaststätten, Bautischlerarbeiten, Büro-Einzelmöbel, Fenster u. Türen, Fußböden

Fu 8/81

eine neue Apotheke und ein neues Direktions- und Verwaltungsgebäude errichtet sowie das Schwesternheim durch einen Zubau um 80 Wohneinheiten erweitert. Einige Nebeneinrichtungen des Spitals, wie die Telefonzentrale, die Küche etc. wurden teils umgebaut und teils neu adaptiert, so daß nun auch dieser Teil des Krankenhauses den heutigen Anforderungen entspricht. Anschließend an das Zentralröntgengebäude wurde ein Betonbunker für ein Kobaltbestrahlungsgerät errichtet. Es ist die dritte derartige Anlage, die in Wien in Betrieb genommen wurde.

Beim Neubau des Krankenhauses Rudolfsstiftung konnten mit der Errichtung des Wirtschaftstraktes gute Fortschritte erzielt werden. Er enthält die Heiz- und Warmwasserzentrale, die Hauptküche, die Zentralgarderoben für das gesamte Personal und die Verbindung zum unterirdischen Versorgungsgeschoß des Hauptgebäudes. Der Wirtschaftstrakt wird 1967 bereits in Betrieb genommen werden. Im Anschluß daran wird mit dem Bau des 16geschossigen Hauptgebäudes begonnen werden. Bis Ende 1966 wurden ein Teil des alten Spitalgebäudes abgebrochen und eine Reihe von Kanälen und Installationen neu verlegt. Außerdem war die Übersiedlung von einigen Wirtschafts- und Betriebsräumen erforderlich. Das neue Bettenhaus ist nach dem Einflursystem geplant und wird für rund 1000 Patienten Platz bieten. Das blockförmige Gebäude wird auf dem Gelände des alten Spitalhofes und des Nordtraktes errichtet werden. Der Haupteingang des neuen Rudolfsspitales wird dann in der Juchgasse liegen. Das alte Gebäude in der Boerhaavegasse 13, gegenüber dem jetzigen Haupteingang des Spitals wird erhalten bleiben, aber nach Fertigstellung des Neubaues modernisiert werden. Dieses Haus, in dem die II. Medizinische und die Dermatologische Abteilung sowie die Zahnambulanz untergebracht werden, wird 200 Patienten aufnehmen. Das Hauptgebäude, das Schwesternhaus und die Dermatologie werden durch unterirdische Gänge, die für Krankentransporte und das Spitalspersonal gedacht sind, verbunden, Bei planmäßigem Baufortschritt wird das Hauptgebäude wahrscheinlich 1971 betriebsfertig sein. Große Teile des alten Gebäudes können erst nach der Fertigstellung des Neubaues abgebrochen werden, so daß das Krankenhaus voraussichtlich 1973 zur Gänze fertiggestellt sein wird. Einigermaßen mit Schwierigkeiten ist dieser Spitalsbau deshalb verbunden, weil der Krankenhausbetrieb nicht gestört werden darf und alle Einrichtungen, die von Baumaßnahmen betroffen sind, provisorisch ersetzt werden müssen. Bei den Bauarbeiten muß vor allem auch darauf Rücksicht genommen werden, daß die Patienten im alten Gebäude nicht durch Lärm und Schmutz belästigt werden.

Der erste Bauteil des Allgemeinen Krankenhauses wurde bereits 1965 im Rohbau fertiggestellt, so daß im vergangenen Jahr die Innenarbeiten zügig vorangetrieben werden konnten. Im Frühjahr 1967 werden die Schwestern bereits ihre neuen Wohnungen beziehen können. Die Fertigstellungsarbeiten an der Schwesternschule werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen; sie wird voraussichtlich bis Ende Juni 1967 fertiggestellt werden.

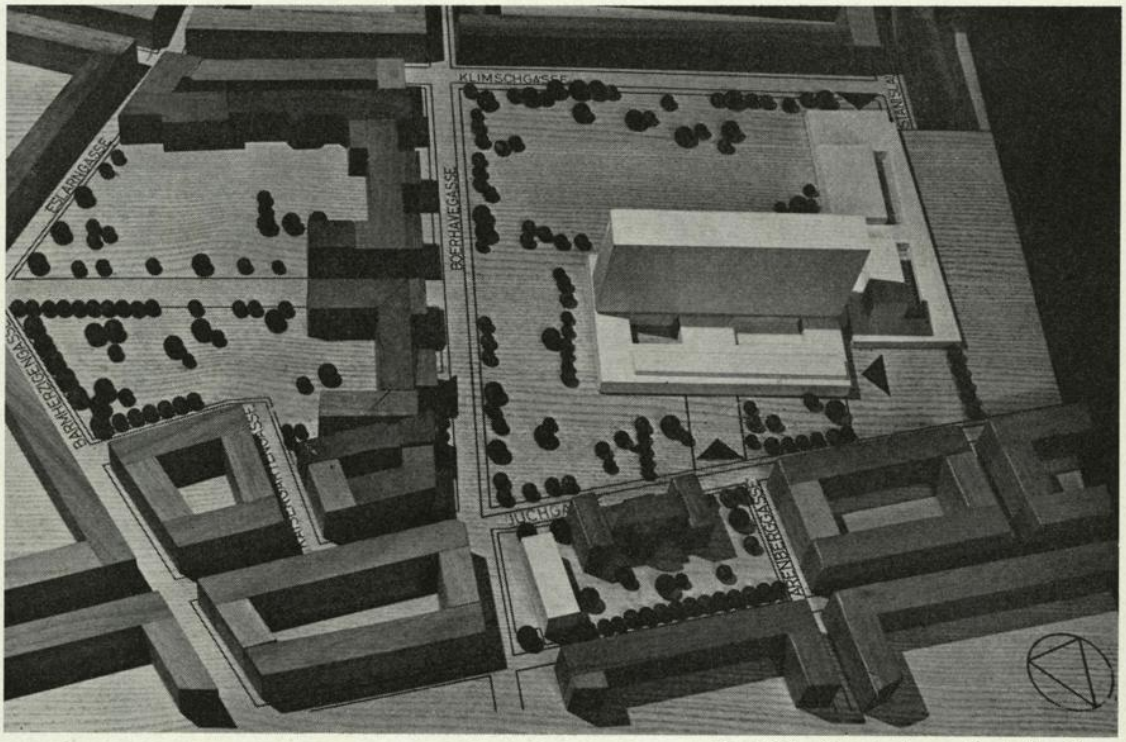
Am Entwurf des Hauptgebäudes des Krankenhauses, bestehend aus dem Bettenhaus mit dem untergeschobenen Klinikentrakt, wurde eine Änderung vorgenommen. Das Bettenhaus wird nicht, wie vorerst geplant, in einem Block errichtet, sondern in zwei Türme geteilt, die auf dem länglichen Klinikentrakt aufsitzen. Diese Entwurfsänderung wurde vom „Spitzenausschuß zur Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses" beschlossen. Diese Gebäudeanordnung bietet wesentliche Vorteile für Patienten und Personal.

Die Planung und Ausschreibung der Tiefgarage, die für 2350 Kraftfahrzeuge im Areal des Krankenhauses angelegt werden soll, wurde im Vorjahr fortgesetzt, so daß das Projekt bei der Baupolizei eingereicht werden konnte.

Die Generalsanierung der II. Chirurgischen und I. Universitätsfrauenklinik, die sich im neuen Teil des Allgemeinen Krankenhauses befinden und auch nach Fertigstellung des Neubaues erhalten bleiben werden, konnten im Vorjahr zum Teil abgeschlossen werden. In der zweiten Hälfte des Jahres 1966 wurde mit der Verwirklichung des Akutprogrammes an der I. Medizinischen Universitätsklinik begonnen. Diese Arbeiten sind trotz des bevorstehenden Neubaues unerläßlich, wenn der Spitalsbetrieb während der langen Bauzeit nicht durch den schlechten Zustand der alten Anstaltsgebäude beeinträchtigt werden soll.

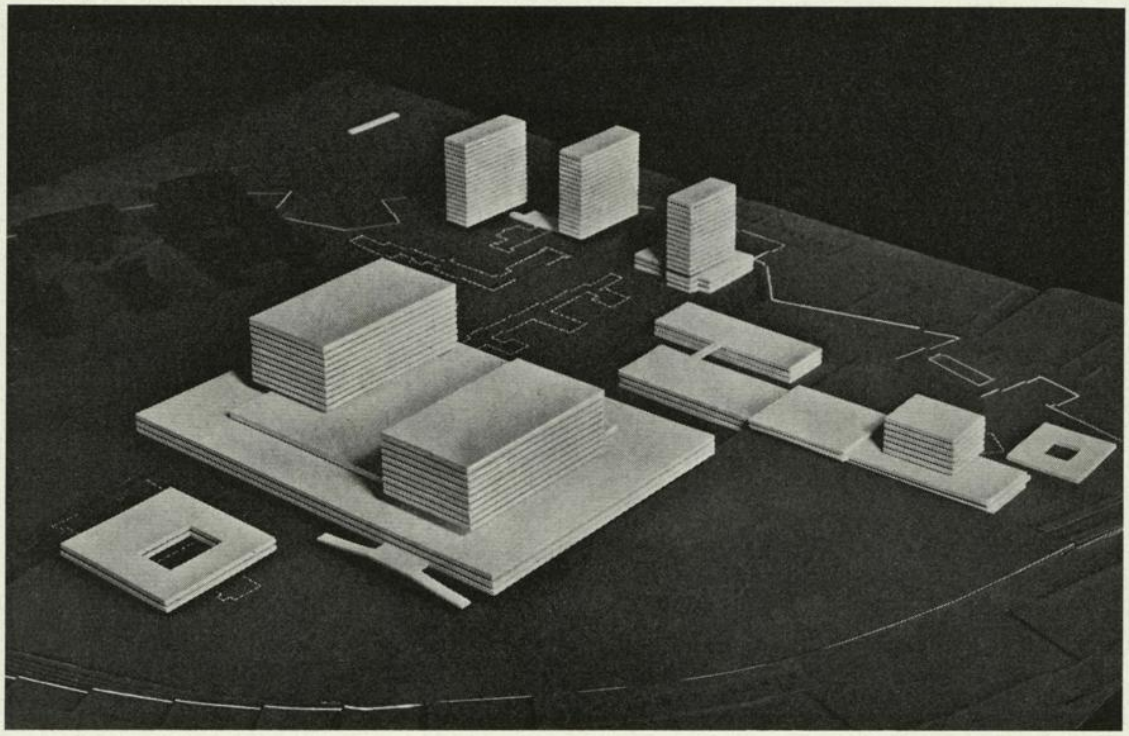
Die Fertigstellung des Hauptgebäudes ist vorläufig für 1978 in Aussicht genommen.

Für den Neubau eines Sonderkinderkrankenhauses wurden die Planungsarbeiten im Jahre 1966 abgeschlossen. Das neue Kinderkrankenhaus wird auf dem Gelände des Neurologischen Krankenhauses der Stadt Wien — als Spital auf dem Rosenhügel bekannt — errichtet werden und soll 100 gehirngeschädigte Kinder aufnehmen können. Dem Krankenhaus wird ein Kindergarten angeschlossen, in welchen auch nicht in Spitalsbehandlung befindliche Kinder aufgenommen werden können. Mit dem Baubeginn ist noch für 1967 zu rechnen.



Modell des Krankenhauses Rudolfsstiftung

Modell des Allgemeinen Krankenhauses



Erholung und Sport

Allem voran muß hier über das neue Erholungszentrum Laxenburg berichtet werden. Zur Renovierung der ehemaligen kaiserlichen Sommerresidenz Schloß Laxenburg mit dem wunderschönen Naturpark, die durch die Einwirkungen zweier Kriege stark verfallen und verwildert war, wurde 1962 von den Bundesländern Wien und Niederösterreich eine Betriebsgesellschaft gegründet. In den seither vergangenen Jahren wurden mit einem Kostenaufwand von insgesamt 36 Millionen Schilling der Blaue Hof, die Franzensburg inmitten des Schloßteiches und große Teile der Parkanlage instandgesetzt. Auf der neun Hektar großen Parapluiewiese wurde ein Erholungszentrum mit einem Campingplatz, einem Restaurant, einem Waldbad und einer Minigolfanlage angelegt. Wenn das Schloß Laxenburg auch nicht im Wiener Stadtgebiet liegt, so ist es doch für die Wiener Bevölkerung als Ausflugsziel und Erholungsgebiet von größter Bedeutung.

Für jene, die im Winter Erholung und Vergnügen auf den Bretteln suchen, hat Wien als erste Stadt in Österreich eine Schipiste für künstlichen Schnee angelegt. Dieses kleine Schiparadies liegt an der Stadtgrenze Wiens auf der Hohen Wand-Wiese in Mauerbach. Der künstliche Schnee wird von zehn Schneekanonen erzeugt. Mit dem ebenfalls neu errichteten Schlepplift können pro Stunde 720 Personen befördert werden.

Der Volkspark auf dem Laaer Berg wurde 1966 fertiggestellt. 1960 war mit der Aufforstung einer 156.000 m² großen Fläche am Südhang des Laaer Berges begonnen worden, um die Verkarstung dieses Gebietes zu vermeiden. Mit einem Kostenaufwand von insgesamt 10,7 Millionen Schilling wurde eine Erholungsfläche, halb Wald halb Parkanlage, mit Kinderspielplätzen, Wanderwegen und Lagerwiesen geschaffen.

Das Gebiet um das Heustadlwasser in den Praterauen wurde neu gestaltet und eine Verbindung mit dem sogenannten Rosenbach hergestellt. Die gärtnerischen Arbeiten um das Heustadlwasser werden in diesem Jahr abgeschlossen. Ebenfalls heuer abgeschlossen werden die Arbeiten an dem Verbindungskanal zwischen dem Kaiserwasser und der Alten Donau. Mit der Umgestaltung des alten Parkes am Anton Baumann-Platz im 18. Bezirk in eine moderne Gartenanlage mit Spielgelegenheiten, Sitz- und Ruheplätzen wurde gleichfalls im Vorjahr begonnen; die Fertigstellung wird 1967 erfolgen.

In Mariahilf begann die Stadtverwaltung mit dem Abbruch des Magdalenenviertels. Wegen der hohen Verbauungsdichte in diesem Stadtteil sollen hier neue Parkanlagen geschaffen werden. Als erstes wurde die vorspringende Häuserzeile in der Hofmühlgasse abgebrochen und die Straße verbreitert. Auf dem freigewordenen Grundstück wurde mit den Arbeiten für eine Parkanlage, die durch eine Pergola gegen den Straßenlärm geschützt sein wird, begonnen.

Für die Austragung der Eishockey-Weltmeisterschaften wurde die große WIG-Ausstellungshalle im Donaupark in ein Eisstadion umgebaut. Die errichteten Tribünen bieten für 3500 Besucher Platz. An Samstagen und Sonntagen steht die Halle für Publikumslauf, an den Wochentagen Schulen und Sportvereinigungen zur Verfügung. Die Kosten für den Umbau betrugen rund 25 Millionen Schilling.

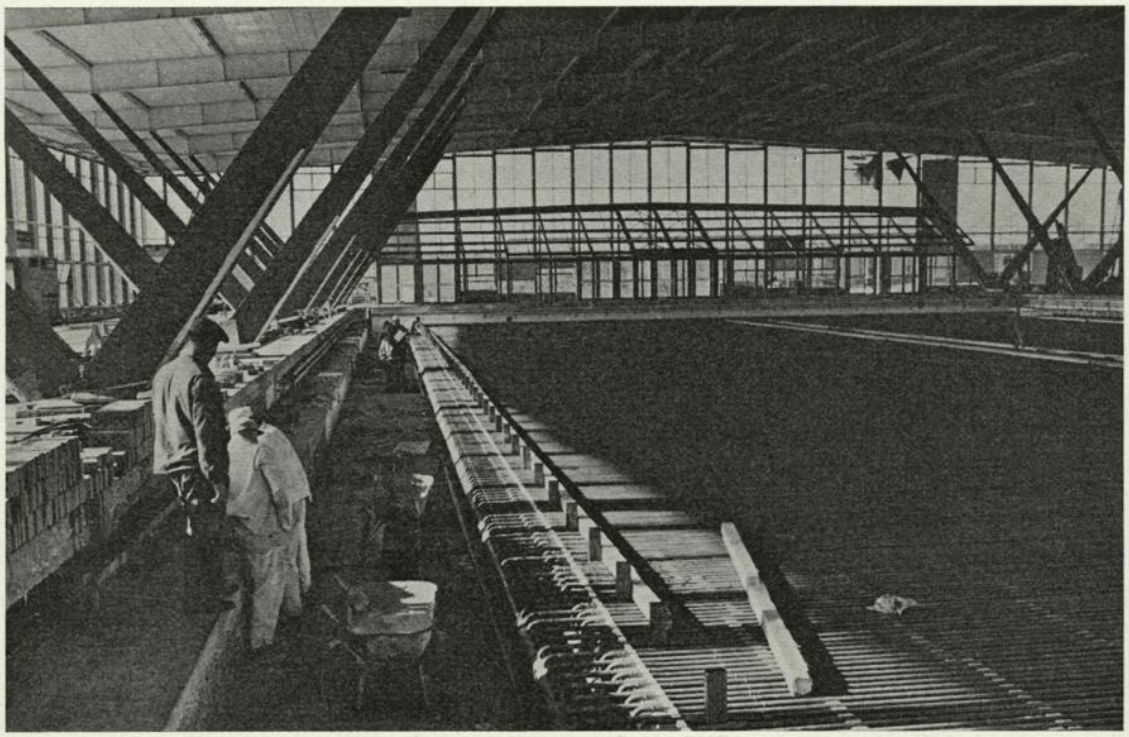
In der Krieau wurde mit dem Umbau des Radstadions begonnen. Mit einem Kostenaufwand von rund 23 Millionen Schilling entsteht hier ein modernes, architektonisch interessantes Bauwerk, das mit seinen überdachten Rennbahnen und Tribünen für 8500 Zuschauer die Möglichkeit bieten wird, auch bei Schlechtwetter Radrennveranstaltungen durchzuführen.

Die Arbeiten am neuen Floridsdorfer Hallenbad, das sowohl Warmbad als auch Sportbad sein wird, wurden soweit vorangetrieben, daß die Fertigstellung für das Jahr 1967 gesichert ist. Im Jörgerbad wurde mit der Erneuerung der gesamten wärmetechnischen Anlage begonnen. Sie wird später an die Fernheizleitung des projektierten Fernheizwerkes auf dem Wasserleitungsplatz angeschlossen. Das bombenbeschädigte Gebäude des Dianabades wurde im Vorjahr abgetragen; an seiner Stelle werden Bürogebäude und ein neues modernes Bad errichtet werden, das ebenfalls vom Fernheizwerk Wasserleitungsplatz mit Wärme versorgt werden wird. Das Laaer Berg-Bad hat während der Sommermonate eine fahrbare Wärmetauschanlage erhalten, die mit Öl oder Stadtgas betrieben wird. Der Badebetrieb konnte daher bis Oktober aufrecht erhalten werden.

Der Wurstelprater zählt zwar mehr zu den Vergnügungs- als zu den Erholungsstätten, trotzdem soll hier erwähnt werden, daß er 1966 seinen 200. Geburtstag feierte und aus diesem Anlaß wieder seinen Calafatti und seine Fortuna erhielt. Die zwei legendären Ringelspielfiguren wurden von der Bildhauerin Ilse Pompe-Niederführ aus Kunststoff originalgetreu nachgebildet.

Verkehrsbauten

Für die Lösung des Verkehrsproblemes in Wien war das Jahr 1966 von ganz entscheidender Bedeutung. Mitte September wurde von der Ge-



Eisstadion im Donaupark

meinderätlichen Stadtplanungskommission ein Massenverkehrskonzept, das nach acht Jahren intensiver Untersuchungen, Befragungen und Studien von den Planungsstellen des Wiener Stadtbauamtes erstellt wurde, dem Gemeinderat zur Beschlußfassung empfohlen. Die zur Bewältigung des Massenverkehrs ausgearbeiteten Varianten sehen den Bau eines teils unterirdischen teils auf den bereits bestehenden Stadtbahnbauwerken verlaufenden U-Bahn-Netzes vor, das einige Straßenbahnlinien ersetzen und eine Reihe von neuen Verkehrsverbindungen zwischen peripheren Stadteilen und der Innenstadt schaffen wird. Die Frage, wie das Problem des Massenverkehrs bewältigt werden soll, ist von so weitreichender Bedeutung, daß die zukünftige Entwicklung der Stadt in großem Maße davon beeinflußt wird. Bei der Ausarbeitung des Massenverkehrskonzeptes wurde die zu erwartende Verkehrsentwicklung ebenso berücksichtigt, wie die derzeitigen Probleme. Mit der Planung der Linienführung waren viele Institute für Planungs- und Wirtschaftsfragen befaßt. Die Ergebnisse aller Ermittlungen und Studien wurden von einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage verglichen und die günstigste Linienführung errechnet. Das Grundnetz für die U-Bahn wurde öffentlich zur Diskussion gestellt. Weil dieses Grundkonzept von so wesentlicher Bedeutung für die weitere Entwicklung Wiens ist, soll es von der Wiener Bevölkerung und von den Verkehrsfachleuten eingehend geprüft werden, um schließlich zu einer optimalen Lösung zu werden. Ein erster Schritt zur Verwirklichung des Massenverkehrskonzeptes wurde durch die Unterführung der Straßenbahnlinie 2 im Bereich der Lastenstraße bereits getan. Die zwei Kilometer lange Tunnelstrecke wurde am 8. Oktober 1966 im Rahmen einer festlichen Veranstaltung dem Verkehr übergeben. Das Verkehrsbauwerk war in einer Bauzeit von drei Jahren in einer neuen Bauweise, dem sogenannten Schlitzwandverfahren, bei dem die Tunnelwände und die Tunneldecke von der Straßenoberfläche her errichtet werden und der Aushub untertag erfolgt, hergestellt worden. Die neuen schienenfreien Fahrbahnen der Lastenstraße werden im Frühjahr 1967 fertiggestellt. Es sind für jede der beiden Richtungsfahrbahnen, die von der Universitätsstraße bis zur Mariahilfer Straße durch einen Grünstreifen getrennt sind, durchgehend mindestens zwei Fahrstreifen vorgesehen. Im Bereich von Kreuzungen werden noch zusätzlich Abbiegespuren und zwischen der Mariahilfer Straße und der Secession werden für die Zufahrt zu den dort liegenden Geschäftslokalen Abstell-

streifen angelegt. Der Verkehr auf der neuen Lastenstraße wird durch automatische Verkehrsanlagen, die im Bedarfsfall von der Polizei auch zentral gesteuert werden können, geregelt.

Als Zentrum des unterirdischen Verkehrsbauwerkes kann die Fußgeherpassage mit der darunter liegenden Haltestelle für die Straßenbahnlinie 2 betrachtet werden. Die Passage kann über sechs Stiegenanlagen erreicht werden; ihr Niveau liegt 5 m unter der Straßenoberfläche. Auf der gesamten Tunnelstrecke wurden vier Haltestellen — Friedrich Schmidt-Platz, Lerchenfelder Straße, Burggasse und Mariahilfer Straße — errichtet. Sämtliche Stationen sind über mehrere Stiegenanlagen, die mit Ausnahme von einigen weniger frequentierten, mit aufwärtsführenden Rolltreppen ausgestattet wurden, zu erreichen. Die Bahnsteige wurden mit Rücksicht auf den für später geplanten U-Bahn-Betrieb mit doppelten Zugsgarnituren in einer Länge von 80 Meter ausgeführt. Das gesamte Verkehrsbauwerk wurde so geplant, daß die Umstellung von Straßenbahnbetrieb auf U-Bahn-Betrieb ohne nennenswerte Umbauten erfolgen kann. Es ist dann bloß wegen der modernen U-Bahn-Garnituren mit dem etwas höheren Fahrgestell notwendig, den Gleiskörper um 75 cm zu senken. Diese Arbeit kann innerhalb von zwei Wochen durchgeführt werden. Vor den Rampen wurden alle baulichen Vorkehrungen getroffen, um den Tunnel in beiden Richtungen fortsetzen zu können. Die Baukosten für die Unterfahrung und die Neugestaltung der Fahrbahn der Lastenstraße liegen bei 350 Millionen Schilling.

Vor Inbetriebnahme der Tunnelstrecke mußte der Teil des Karlsplatzes zwischen der Secession und den Stadtbahn-Stationsgebäuden der neuen Straßenbahnführung angepaßt werden. Bisher umfuhr die Linie 2 das Verkehrsbüro, kreuzte die Wiedner Hauptstraße auf der Höhe des Resselparkes und wechselte bei den Stadtbahnstationen auf die Seite des Künstlerhauses. Kraftfahrzeuge, die von der Rechten Wienzeile in Richtung Schwarzenbergplatz fuhren, mußten zweimal die Gleise der Zweierlinie kreuzen. Mit der neuen Linienführung wurden diese Kreuzungen beseitigt und darüber hinaus mehr Verkehrsflächen für den Individualverkehr geschaffen. Dieses Langzeitprovisorium wird bis zur endgültigen Umgestaltung des Karlsplatzes, die mit der Verwirklichung des Massenverkehrskonzeptes verbunden ist, bestehen. Ein Ideenwettbewerb zur Ausgestaltung des Karlsplatzes, der einer der frequentiertesten Plätze in Wien ist, wurde im Juni 1966 ausgeschrieben. Da keine vollkommen befriedigende Lösung eingereicht wurde, wurde kein 1. Preis, sondern nur zwei 2. Preise ex aequo vergeben.

Die Arbeiten am zweiten großen Unterfahrungsbauwerk — Margaretengürtel, Wiedner Gürtel, Kliebergasse und Wiedner Hauptstraße — konnten im Berichtsjahr seitens der Stadt Wien planmäßig vorangetrieben werden. Bloß bei der Fertigstellung des Rohbaues der Bundesbahnbrücke über die Triester Straße traten Verzögerungen ein, die sich dahingehend auswirkten, daß die Decke der Fußgeherpassage am Matzleinsdorfer Platz nicht planmäßig aufgesetzt und die Triester Straße erst Mitte Dezember für den Verkehr freigegeben werden konnte. Die Bohrarbeiten für die Pfahlwände in der Kliebergasse und in der Wiedner Hauptstraße gestalteten sich zum Teil recht schwierig, weil die Pfahlwände mitunter ziemlich knapp an die Häuserfronten herangerückt werden mußten. Mit der Fertigstellung dieses großen unterirdischen Bauwerkes — die Tunnelstrecken sind mit den Rampen und den Haltestellen rund 3 Kilometer lang — ist für 1968 zu rechnen.

Zwei für den Individualverkehr wichtige Brükkenbauten wurden 1966 fertiggestellt: die Unterführung der Ketzergasse unter die Südbahn und die Wienerbergbrücke die in der Verlängerung der Ruckergasse über die Südbahntrasse führt. Mit dem Kreuzungsbauwerk Ketzergasse wurde wieder ein verkehrsbehindernder schienengleicher Bahnübergang beseitigt. Das Brückentragwerk wurde aus Stahlbetonplatten mit elastischer Einspannung in den Betonwänden hergestellt.

Das neu geschaffene Straßenstück ist rund 1400 Meter lang und führt in zwei Fahrspuren unter der Bahnbrücke durch. Das Bauwerk, das wegen der Grenzlage von Wien und Niederösterreich in Zusammenarbeit hergestellt wurde, erforderte einen Kostenaufwand von rund 20,5 Millionen Schilling.

Die Wienerbergbrücke wurde am 16. September 1966 dem Verkehr übergeben. Sie entlastet mit ihren drei Fahrspuren in jeder Richtung die Philadelphiabrücke von einem Teil des über die Breitenfurter Straße flutenden Verkehrs und wird später, während des Umbaues der Philadelphiabrücke, den gesamten Umleitungsverkehr aufnehmen. Die 65,4 m lange Brücke wurde in einer Bauzeit von 22 Monaten fertiggestellt. Die Baukosten belaufen sich auf etwa 7,5 Millionen Schilling.

Mit dem Bau einer neuen Brücke über den Wienfluß in der Verlängerung des Margaretengürtels wurde begonnen. Es sind zwei Ausbaustufen vor-

Fußgängerpassage Mariahilfer Straße

Tunnel Lastenstraße

Verkehrsbauwerk Matzleinsdorfer Platz

Unterfahrung Ketzergasse

gesehen: die Verbindung des Margaretengürtels mit der linken Wienzeile und als zweites eine zusätzliche Einmündung und Überführung des Gaudenzdorfer Gürtels. Die 10,5 m breite Brückenfahrbahn wird dreispurig befahrbar sein. Nach der Fertigstellung des Verkehrsbauwerkes, die für Mitte des Jahres 1967 vorgesehen ist, wird die Enge des Gürtels an der Kreuzung mit der Wienzeile endgültig beseitigt sein.

Auch der Umbau der Lobkowitzbrücke wurde im Vorjahr in Angriff genommen. Der Wienfluß wird in einer Länge von 100 m überdeckt, zwei Brücken über die Stadtbahn und den Wienfluß — für den Autobus- und den sonstigen Fahrzeugverkehr — werden geschaffen. Im Bereich des Stadtbahngebäudes werden ebenfalls einige bauliche Veränderungen vorgenommen; zwischen Diefenbachgasse und der Stadtbahnstation wird ein Fußgehertunnel zur gefahrlosen Querung der Linken Wienzeile hergestellt.

Ein neuer Personentunnel wurde am Praterstern gebaut. Er unterquert die Fahrbahn des Verteilerringes und verbindet die Endstelle der Straßenbahnlinie 2 mit der Schnellbahnstation im Zentrum der Verkehrsanlage. Um den Verkehr am Praterstern nicht zu behindern, wurde der Tunnel in drei Bauabschnitten hergestellt.

Die alte Holzkonstruktion des Kleibersteges am Satzberg wurde durch ein modernes Stahltragwerk ersetzt. Der Hackinger Steg, der bei der Endstation der Stadtbahn den Wienfluß überquert, wurde erneuert. Der Steg wurde über die Wientalstraße verlängert, um den Fußgeherverkehr über die Autobahn-Zubringerstraße vom Fahrzeugverkehr zu trennen. Von der Fußgängerbrücke führt ein Stiegenabgang zur Lilienberggasse und einer zum Schimonipark. Mit diesem neuen Steg wurde eine ideale gefahrlose Verbindung für die Fußgänger von der Stadtbahnstation Hütteldorf zum Nikolaitor des Lainzer Tiergartens geschaffen.

Ein interessantes Bauwerk für den ruhenden Verkehr ist die neue Tiefgarage beim Petersplatz. Sie ist für Kunden der Ersten Österreichischen Sparkasse bestimmt und wurde von dieser im Zusammenhang mit dem Umbau der Hauptanstalt am Graben gebaut. Dabei mußte bis an die Fundamente der Perterskirche gegraben und die Baugrube sofort mit Fertigteilen befestigt werden. Auf einer Fläche von 3000 Quadratmeter finden rund 100 Personenautos Platz.

Eine Reihe von Straßen wurde im abgelaufenen Jahr neu angelegt oder umgebaut. Allen voran sind die Autobahn-Südeinfahrt und die Westeinfahrt zu nennen. Die Südeinfahrt wurde im Frühjahr dem Verkehr übergeben; die restlichen Fertigstellungsarbeiten konnten bis auf die Kreuzung Triester Straße — Sterngasse, für die noch schwierige Verhandlungen über Grundfreimachungen im Gange sind, abgeschlossen werden. Die Westeinfahrt, die wegen eines Erdrutsches im Baulos Brentenmais eine Verzögerung in der planmäßigen Fertigstellung erfuhr, konnte im Spätherbst für den Verkehr freigegeben werden. Zwischen dem Anschlußknoten Auhof und dem Nikolaiberg wurde die Wiental-Bundesstraße auf zwei getrennte Richtungsfahrbahnen mit je drei Fahrstreifen umgebaut. An dem stadtauswärtsführenden Zubringer am linken Wienflußufer zwischen Hochsatzengasse und Nikolaiberg wird noch gearbeitet. Wegen des geringen Raumes, der in diesem Bauabschnitt für eine neue Straße zur Verfügung steht, mußte zwischen dem Bahnhof Hütteldorf und dem Nikolaiberg oberhalb des Wienflußbettes eine Brückenkonstruktion geschaffen werden. Diese verläuft als Hangbrücke entlang dem Damm der Westbahn, überquert beim Nikolaiberg den Wienfluß und mündet schließlich in das neue Stück der Bundesstraße 1 ein.

Abgeschlossen wurden die Arbeiten in der Hietzinger Hauptstraße an der Kreuzung mit der Verbindungsbahn, in der Schloßallee und in der Linzer Straße. Die Sandleitengasse konnte dem Verkehr übergeben werden, allerdings muß sie später, wenn die Tragschichte mit der provisorischen Bitukiesauflage eingefahren ist, noch den endgültigen Fahrbahnbelag erhalten. Im 2. Bezirk wurde die Meiereistraße, die zwei Richtungsfahrbahnen und einen Asphaltbelag erhalten hat, fertiggestellt; im 19. Bezirk wurde die Sieveringer Straße von der Brechergasse bis zur Agnesgasse mit einem neuen Promenadenweg versehen und mit Asphalt belegt. Die Jägerstraße wurde von der Stromstraße bis zur Adalbert Stifter-Straße umgebaut.

Der letzte in Bau befindliche Teil der Grünbergstraße, von der Schönbrunner Straße bis zur Winckelmannstraße, konnte nach Abschluß der umfangreichen Straßeneinbauten fertiggestellt und dem Verkehr übergeben werden. Nördlich der Donau wurde an der Erzherzog Karl-Straße und an der Brünner Straße weitergearbeitet; diese Straßenbauarbeiten werden 1967 abgeschlossen. Mit der Verbreiterung des Inneren Gürtels zwischen der Kandlgasse und der Kinderspitalgasse wurde begonnen. Die Fahrbahn wird auf 11,5 m verbreitert.

Eine Reihe von neuen Straßenbauten waren in und um neuen Wohnhausanlagen erforderlich. Allein die Straßen im Bereich der in Bau befindlichen Wohnhausanlage Großfeldsiedlung umfassen 240.000 m² Fahrbahnen und 130.000 m² Gehsteige. Diese Flächen müssen innerhalb der nächsten fünf Jahre neu geschaffen werden.

Nutzbauten

Wiens modernste Hauptfeuerwache wurde Ende Mai in der Leopoldstadt ihrer Bestimmung übergeben. Der Neubau war notwendig geworden, weil die alte Leopoldstädter Hauptfeuerwache in der Lassallestraße nicht mehr ausreichte und weil sich durch den starken Straßenverkehr immer wieder Schwierigkeiten beim Ausfahren der Einsatzfahrzeuge ergaben. Das neue, in drei Teile gegliederte Gebäude in der Engerthstraße wurde in einer Bauzeit von zwei Jahren mit einem Kostenaufwand von mehr als 28 Millionen Schilling errichtet. In einem zweistöckigen Mannschaftstrakt sind die Räume für vier Löschgruppen zu je sieben Mann untergebracht. Die Einsatzfahrzeuge, fünf Lösch- und sechs Sonderfahrzeuge, befinden sich in dem langgestreckten Fahrzeuggebäude. Die Werkstätten und das Zillenlager wurden in dem Quertrakt, der den großen Hof abschließt, untergebracht. Ein sechs Stock hoher Steigerturm und eine neun Meter tiefe Tauchkammer dienen der Ausbildung der Feuerwehrmänner.

Liesing hat im Vorjahr ebenfalls eine neue, wenn auch, entsprechend dem Einsatzgebiet, kleinere Feuerwache erhalten. Sie ist vor allem für das im Ausbau befindliche Industriezentrum Liesing von Bedeutung. In dem einstöckigen Dienstgebäude mit der Fahrzeughalle sind 15 Mann und zwei Löschfahrzeuge untergebracht. Die Baukosten für die neue Feuerwache, deren Erweiterung bei Bedarf möglich sein wird, betrugen rund 7,5 Millionen Schilling.

Mit dem Umbau der Nußdorfer Schleuse wurden zwei Ziele erreicht: Verbesserung des Donauhochwasserschutzes und als zweites die Garantie, daß das kalorische Kraftwerk Simmering auch bei niedrigem Wasserstand eine ausreichende Menge Kühlwasser zur Verfügung hat. Die Anlage, die einen Kostenaufwand von rund 35 Millionen Schilling erforderte, wurde im Herbst des Vorjahres fertiggestellt.

Am 11. Juni 1966 nahm Bundespräsident Franz Jonas das neue Grundwasserwerk Lobau in Betrieb. Die drei Horizontalfilterbrunnen fördern pro Tag 50 bis 60 Millionen Liter bestes Trinkwasser. Die äußerst umfangreichen Bauarbeiten konnten mit Hilfe der Netzplantechnik wesentlich rationalisiert und daher in der Rekordzeit von zwei Jahren zum Abschluß gebracht werden.

Die Arbeiten an dem Schneealpenstollen, der zu Überleitung der „Sieben Quellen" in das Wiener Versorgungsnetz dienen wird, konnten ein gutes Stück vorangetrieben werden.

Der erste Schraubengasbehälter Österreichs entsteht derzeit im Gaswerk Simmering. Je nach Speichermenge wird der maximal 300.000 Kubikmeter fassende Behälter auf eine Höhe zwischen 24 und 84 m „geschraubt" werden können. Der Schraubengasbehälter wird Ende 1967 fertiggestellt werden.

Ein neues Amtshaus erhält der 4. Bezirk in der Favoritenstraße. In dem fünfstöckigen Gebäude werden die Amtsräume der Bezirksvorstehung, des Gesundheitsamtes und des Jugendamtes für die Bezirke 4 und 5 sowie einige Räume für die Verkehrsbetriebe untergebracht. Außerdem werden hier noch die Mutterberatung und ein Pensionistenklub ein neues Zuhause erhalten. Im Erdgeschoß wird ein Festsaal und im 4. und 5. Stockwerk ein Kindergarten eingerichtet.

Zum Mekka der Bücherwürmer wurde die Wiener Stadtbibliothek: In dem neu gestalteten Lesesaal hat jeder Benützer der Stadtbibliothek einen Lesetisch für sich allein. Der Boden wurde mit schallschluckenden Teppichen belegt und die Einrichtungen im Katalogzimmer und in den Bücherdepots wurden ebenfalls modernisiert. Neu ist auch der Mikrofilmraum mit dem modernen Aufnahme- und Lesegerät.

Der Wiener Rathauskeller wurde nach fast eineinhalbjährigen Umbauarbeiten wieder eröffnet. Bei der Renovierung wurde peinlich darauf geachtet, die historischen Werte zu erhalten. Das Hauptaugenmerk wurde auf die Modernisierung der Küche gelegt.

Die Arbeiten am Block 5 des Simmeringer Wärmekraftwerkes wurden soweit vorangetrieben, daß mit der Fertigstellung im Frühjahr 1967 gerechnet werden kann. Der Gemeinderat hat aber bereits die Genehmigung für die Errichtung eines 6. Blockes gegeben. Damit wird das kalorische Kraftwerk Simmering zu den größten in Europa zählen. Die Wiener Verkehrsbetriebe haben im Vorjahr mit der Errichtung einer neuen Zentralwerkstätte begonnen. Als Standort wurde ein Areal neben dem Zentralfriedhof gewählt, das ehemals im Besitz des Wiener Landwirtschafts-

Autobahn — Südeinfahrt

Feuerwache Leopoldstadt

betriebes war. Die Riesenhalle im Ausmaß von 378 mal 183 m wird in U-förmige Werktrakte, in Prüfstände und Lager geteilt werden. In der neuen Zentralwerkstätte sollen sowohl Straßen- und Stadtbahnen als auch Autobusse repariert werden.

Ende November wurde mit dem Bau einer neuen städtischen Zentralwäscherei begonnen. Die neue Anlage entsteht im 14. Bezirk in der Steinbruchstraße nicht weit entfernt von der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig und wird von dieser mit Wärme versorgt werden. Die Fertigstellung ist für 1968 geplant. Die Baukosten werden bei rund 65 Millionen Schilling liegen.

Im Bereich der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal wurden das Fernheizkraftwerk, die Versuchsanstalt für Wärme-, Kälte- und Strömungstechnik und die Elektrotechnische Versuchsanstalt weiter ausgebaut und der Bau eines Grundlageninstitutes vorbereitet.

Nach Plänen, die im Vorjahr erstellt wurden, will der Bund auf den Zollamtsgründen zwischen Vorderer und Hinterer Zollamtsstraße eine kleine „Behördenstadt" errichten, die vorerst neue Amtsgebäude für Finanzamt, Eichamt und die Postdirektion umfassen soll. Die Pläne dazu gingen aus einem Ideenwettbewerb, zu dem insgesamt 66 Projekte eingerichtet worden waren, hervor.

Die Stadtplanungskommission beschäftigte sich zu Anfang des Vorjahres mit der Errichtung eines Bezirkszentrums in Hernals. Dieses soll in dem Block zwischen Elterleinplatz, Kalvarienberggasse, Rötzergasse und Hormayergasse entstehen. Es soll nicht nur ein neues Verwaltungszentrum, sondern auch Kulturzentrum und Einkaufszentrum für den 17. Bezirk werden.

Weiters muß unbedingt der Plan zur Errichtung eines neuen Fernwärmewerkes in der Spittelau erwähnt werden. Die Energie dieses Heizwerkes, das nach den neuesten technischen Errungenschaften konstruiert ist und sowohl mit Schweröl als auch mit Müll betrieben werden kann, reicht für die Beheizung von rund 30.000 bis 40.000 Wohnungen. Tatsächlich werden aber mit der gewonnenen Wärmeenergie das Allgemeine Krankenhaus, das Jörgerbad und das Dianabad sowie das projektierte neue Hernaler Bezirkszentrum versorgt werden.

Am 4. Februar des Vorjahres beschloß der Gemeinderat den Bau einer mechanisch-biologischen Kläranlage in Inzersdorf, Blumental. Die von Prof. Dr. Ing. Wilhelm von der Emde (Technische Hochschule in Wien) projektierte Anlage ist Voraussetzung für den Ausbau der Per Albin Hansson-Siedlung Ost in Favoriten. Sie wird die Abwässer aus den westlich der Pottendorfer Linie liegenden Einzugsgebieten des Liesingtalsammelkanals reinigen und in den Liesingbach ableiten. Somit wird die neue Kläranlage den Sammelkanal entlasten. Mit den ersten Arbeiten an dem 46-Millionen-Projekt wurde noch im Jahre 1966 begonnen.

In der Planung des neuen Zentralgroßmarktes für Wien ist eine Änderung eingetreten: Der neue Markt soll nicht, wie ursprünglich in Erwägung gezogen, auf dem Areal des Schlachthofes in St. Marx errichtet werden, sondern auf einem entsprechend großen Gelände in Inzersdorf zwischen Laxenburger Straße und der Pottendorfer Linie. Nach eingehender Prüfung stellte sich nämlich heraus, daß wegen der ungünstigen Bodenverhältnisse und der Aufschließungssituation eine Trennung von Schlachtzentrum und Obst- und Gemüsemarkt zweckmäßig ist. Das Gelände in Inzersdorf ist durch die Straße und die Bahnanlage bereits soweit aufgeschlossen, daß mit einer baldigen Verwirklichung des Projektes gerechnet werden kann. Der Schlachthof in St. Marx soll erneuert werden. Beide Bauvorhaben werden einen Kostenaufwand von rund einer Milliarde Schilling erfordern. Dies bedeutet eine Einsparung von rund 400 Millionen gegenüber dem ursprünglichen Projekt. Der Fleischdetailmarkt soll auf einer zu überdeckenden Fläche über der Schnellbahn und auf Teilen des Areals, auf dem sich jetzt die Großmarkthalle in der Invalidenstraße befindet, errichtet werden. Auf dem Gelände der jetzigen Großmarkthalle am Heumarkt soll ein neuer offener Gemüsemarkt entstehen. Die freiwerdenden Hallen sollen für andere Zwecke, zum Beispiel für Parkhochhäuser, verwendet werden.

ALPINE

GESCHWEISSTE ROHRE
UND FITTINGS

F♂T

OESTERREICHISCH-ALPINE
MONTANGESELLSCHAFT

ROHRVERKAUF: WIEN I, FRIEDRICHSTRASSE 4

FITTINGSVERKAUF: WIEN IV, LOTHRINGERSTRASSE 4

Scha 158/81

Die Wiener Hafenanlagen

Die im städtischen Eigentum stehenden Teile der Wiener Häfen umfaßten zu Kriegsende die Anlagen Albern, Freudenau, Lobau und Kuchelau. Während der Hafen Freudenau, bekannter im Volksmund als „Winterhafen" und der Hafen Kuchelau bereits um die Jahrhundertwende erbaut worden waren, fällt der Bau der Hafenanlagen Albern und Lobau in die Zeit des zweiten Weltkrieges. Im Rahmen des damals verfaßten Konzeptes eines „Großhafens Wien-Südost", der im wesentlichen aus drei in sich geschlossenen Hafenanlagen bestanden hätte, sollte der Hafen Freudenau unter Beibehaltung seiner bisherigen Funktion als Schutz- und Winterhafen zu einem Stückguthafen ausgebaut, in Albern eine dem Getreide- und Massengüterumschlag dienende Bekkengruppe und im Gebiete des Donau-Oder-Kanals Lager und Umschlagsanlagen für Mineralöle geschaffen werden. Tatsächlich ausgeführt wurden ein Hafenbecken in Albern, vier Teilstücke des Donau-Oder-Kanals und ein Hafenbecken in der Lobau, ferner in Albern fünf Getreidespeicher mit insgesamt 85.000 t Lagerfähigkeit (davon zwei zu je 20.000 t von der Stadt Wien allein), sowie Straßen- und Bahnanlagen, Kanalisation und Wasserversorgung, Ausrüstung mit Umschlagseinrichtungen (Sauger), in der Lobau Teile der Hafenbahnanlagen und Dammschüttungen für eine Zufahrtsstraße und im Hafen Freudenau vorwiegend Gleisanlagen.

Die Lager- und Umschlagseinrichtungen am rechten Stromufer, die als „Stromhafen" bis dahin fast ausschließlich den „Wiener Hafen" darstellten, hatten so umfangreiche Kriegsschäden erlitten, daß im April 1945 aus mehrfachen Überlegungen rer Entschluß gefaßt wurde, den Stromhafen nicht wieder aufzubauen, sondern den Umschlag vom Strom weg in die vorhandenen Hafenbecken Albern, Freudenau und Lobau zu verlegen und eventuell bei Bedarf in Anlehnung an die bereits vorhandenen Entwürfe zu erweitern.

In den folgenden Jahren konnten nur die Kriegsschäden beseitigt und die Verkehrsflächen und Bahnanlagen in betriebssicherem Zustand erhalten werden. Erst im Jahre 1955 war es endlich möglich, neben den Wiederherstellungs- und Erhaltungsarbeiten auch Arbeiten zum Ausbau und zur teilweisen Neugestaltung der Hafenanlagen zu beginnen.

Hafen Freudenau

Die vorhandenen, zum Teil durch Kriegseinwirkungen mehr oder minder beschädigten gepflasterten Uferböschungen, mußten im Hinblick auf den Ausbau zu einem leistungsfähigen Stückguthafen aus umschlagtechnischen Gründen durch eine lotrechte Uferbegrenzung ersetzt werden. Der Kai wurde in Form einer Schwergewichtsmauer aus Beton hergestellt, die folgende Aufgaben zu erfüllen hat: in oder an ihr sind sämtliche nautischen Ausrüstungsgegenstände zum Verheften der anlegenden Schiffe untergebracht, große Plattformpoller, die einen Trossenzug von 30 t aufzunehmen vermögen, kleinere Kopf- oder Nischenpoller, die in Reihenform untereinander angebracht sind, um kleineren Wasserfahrzeugen auch bei den stark wechselnden Wasserständen (die Schwankungen im Wasserspiegel können bis zu 6 m und auch noch mehr betragen) das Anlegen und Verheften ander Kaimauer zu ermöglichen. Da der Hafen ja weiterhin auch als Schutzhafen bei extrem tiefen oder hohen Wasserständen im Strom, die eine Schiffahrt nicht mehr zulassen, oder im Winter bei Eistreiben auf dem Strom, dienen soll, sind Einrichtungen wie Leitern und Stiegen, Beleuchtungskörper, Anschlüsse für Trinkwasser zur Versorgung der Schiffe, Anschlüsse für Kraftstrom, um gleich im Hafen kleinere Reparaturarbeiten auf den Schiffen zu ermöglichen, unbedingt erforderlich. Für Umschlagzwecke sind Gleise für einen großen Portalkran mit sechs Meter Schienenabstand vorgesehen, so daß unter dem Portal des Kranes ohne Schwierigkeiten große LKW oder Eisenbahnwaggons, die be- oder entladen werden sollen, durchfahren können.

Die Kaimauer ist von ihrer Fundamentsohle bis zur Mauerkrone rund 12 m hoch, die Fundamentbreite beträgt rund 7 m, die Kronenbreite etwa 3 m. Da die Mauerkrone selbst zu schmal ist, um auch noch die zweite Schiene der Kranfahrbahn zu tragen, wurden am eigentlichen Mauerkörper Querscheiben aus stark armiertem Beton angebracht, die wieder durch einen 1,70 m hohen Tragbalken aus Stahlbeton verbunden sind, auf dem die Kranschiene auflagert.

Die Herstellung der Kaimauer erfolgte in einer allseitig aus Stahlspundbohlen umschlossenen Baugrube, die nach unten durch eine 3 m dicke Betonschichte abgeschlossen war, die im Unterwasserver-

Hafen Freudenau

Ölhafen Lobau

Der Handelskai bei Hochwasser

Versuchsmodell des Entlastungskanals

INDUSTRIEBAU-GESELLSCHAFT M. B. H.
HOCH-, TIEF- UND STAHLBETONBAUTEN
IBG-HOHLBALKENDECKE ● HOHLBLOCKSTEINE ● TERRAZZOPLATTEN ● KUNSTSTEINARBEITEN
1140 WIEN XIV, LINZER STRASSE NR. 224 — TEL. 92-31-26
2500 BADEN, WIENER STRASSE 91
Fra 105/81

fahren eingebracht wurde. Dadurch war es möglich, die Baugrube durch Einsatz mehrerer großer Pumpen wasserfrei zu halten, so daß die Herstellung des eigentlichen Bauwerkes im Trockenen erfolgen konnte. Auf diese Weise wurde in einer Bauzeit von etwa fünf Jahren eine Kaimauer mit einer Gesamtlänge von rund 550 m hergestellt. Die Baukosten betragen je Laufmeter Kaimauer rund 55.000 bis 60.000 Schilling.

Da die Einfahrtsbreite vom Vorhafen in den eigentlichen Schutz- bzw. Umschlaghafen nur 25 m betrug, was bei einem vermehrten Schiffsbetrieb zu gegenseitiger Behinderung der ein- und ausfahrenden Schiffe führen kann, wurde die Verbreiterung der Hafeneinfahrt in Angriff genommen. Zu diesem Zweck wurde zunächst nur auf der nördlichen Seite die bestehende Böschung ebenfalls durch eine lotrechte Ufermauer mit einer Gesamtlänge von rund 230 m ersetzt. Nach Durchführung der gleichen Maßnahme auf der südlichen Seite wird die zur Verfügung stehende Einfahrtsbreite 36 m betragen.

Für die kommenden Jahre ist die Verlängerung der Kaimauer beabsichtigt. Ende 1966 oder Anfang 1967 wird mit dem Schließen der rund 650 m langen Lücke zwischen der bestehenden Ufereinfassung bei der Hafeneinfahrt und der schon errichteten Kaimauer begonnen werden. Mit der Fertigstellung dieses Bauwerkes ist in etwa fünf Jahren zu rechnen. Innerhalb des gleichen Zeitraumes soll auch der südlich gelegene Teil der Hafeneinfahrt verbreitert werden.

Hafen Lobau

Der Hafen Lobau dient ausschließlich dem Umschlag von Mineralölen und Mineralölprodukten. Die Tankschiffe, die dem Öltransport dienen, müssen in gewissen Zeitabständen gereinigt werden, teils weil die Kammern durch Ölrückstände verschmutzen, teils weil die Reinigung durch einen Wechsel im Ladegut erforderlich wird oder auch, wenn das Schiff zur Durchführung von Reparaturen eine Werft aufsuchen muß. Aus diesem Grund wird zur Zeit eine Tankerreinigungsanlage errichtet, die nach ihrer Fertigstellung im Jahre 1967 nicht nur die einzige derartige Anlage im Bereich der Donau sein wird, sondern auch die modernste und am besten eingerichtete Anlage im mitteleuropäischen Raum. Als Anlegestelle für die zu reinigenden Tankschiffe dient eine durch eine lotrechte Stahlspundwand begrenzte Ufereinbuchtung in der Hafeneinfahrt mit einer Länge von rund 220 m. Hier können nach Ausbau der zweiten Waschposition zwei Tankkräne gleichzeitig gereinigt werden. Da die gleichen Probleme auch bei der Reinigung von Ölwaggons und Straßentankfahrzeugen auftreten, wird neben der Tankerreinigungsanlage auch eine Waschplatte in Stahlbetonkonstruktion hergestellt, auf der gleichzeitig drei große Ölwaggons und ein großes Tankfahrzeug gereinigt werden können.

Neben der eigentlichen Reinigungsanlage ist auch eine Übernahmsstelle für Altöle und ölverschmutzte Abwässer aus den Schiffen vorgesehen. Die hier bzw. beim Waschvorgang anfallenden Öle werden nach entsprechender Reinigung innerhalb der Anlage zur Beheizung der Dampfkessel verwendet.

Mit der Tankerreinigungsanlage wird auch eine Abwasserbeseitigungsanlage errichtet, in der die im Hafengebiet anfallenden ölhaltigen und die aus dem Reinigungsprozeß stammenden Abwässer vor ihrer Einleitung in den Donaustrom mechanisch geklärt werden.

Im Hafen Albern wird, sofern sich durch die Ausweitung des Hafen- und Umschlagbetriebes die Notwendigkeit ergeben sollte, ein weiteres Hafenbecken errichtet, das, wie auch das bestehende Becken, eine Ufereinfassung aus Stahlspundwänden erhalten soll.

Die schon durchgeführten und die noch geplanten Maßnahmen werden dazu beitragen, Wien zu einem modernen und gut eingerichteten Binnenhafen zu machen, zu einem Knotenpunkt, an dem westliche und östliche Binnenschiffahrt einander begegnen.

Der totale Hochwasserschutz für Wien

Der bestehende Hochwasserschutz von Wien entspricht nicht jenem Sicherheitsgrad, der heute für eine Großstadt mit ihrer Konzentration von Menschen und wertvollsten Gütern als unbedingt notwendig erachtet wird. Der Schutz der Stadt Wien gegen Donauhochwasser ist derzeit nur bis zu einer Hochwassermenge von 11.700 m³/sec gegeben. Nach Berechnungen des hydrographischen Zentralbüros kann jedoch die Hochwassermenge bei Wien bis zu 14.000 m³/sec erreichen. Nur allzugut erinnern sich die Wiener noch an die umfangreichen Schäden, die das Katastrophenhochwasser des Jahres 1954 angerichtet hat. Wenn man bedenkt, daß damals die Hochwassermenge aber nur 10.000 m³/sec betrug, erkennt man, wie dringend die Verbesserung der Schutzanlagen ist.

Die Stadt Wien ließ daher ein Projekt ausarbeiten, das die Schaffung eines Entlastungsgerinnes parallel zum Donaubett und eine Erhöhung der rechten Uferkante vorsieht. Das Hochwasserentlastungsgerinne soll von Lang-Enzersdorf bis zum Praterspitz — eine Variante sieht die Verlängerung bis zum Hafen Lobau vor — reichen und 5200 m³ Wasser pro Sekunde abführen können. Zum Abfluß im bestehenden Strombett würden dann nur 8800 m³ verbleiben. Das beim Aushub des Inundationskanals anfallende Material soll auf der entstehenden Insel zwischen Donaubett und Kanal aufgeschüttet werden. Diese Lösung bringt neben dem absoluten Hochwasserschutz noch große städtebauliche Vorteile. An Stelle des ungenützten Überschwemmungsgebietes würde eine ca. 20 Kilometer lange hochwasserfreie Insel entstehen, die zu einem Sport- und Erholungszentrum ausgebaut werden könnte.

Mit dem für die Hochwasserteilung notwendigen Einlaufbauwerk und zwei Hilfswehren am unteren Ende des Entlastungskanals bzw. unterhalb der Reichsbrücke könnte unabhängig vom Wasserstand der Donau in dem neuen Gerinne Wasser aufgestaut werden. Die neu entstehende Wasserfläche wäre mehr als doppelt so groß als die Alte Donau und würde ideale Voraussetzungen für Badegelegenheiten und Wassersport bieten.

Das Projekt sieht weiter vor, daß die rechte Hochkante, die derzeit im Zuge der Engerthstraße —Wehlistraße verläuft, auf den Flächenstreifen zwischen rechtem Donauufer und der Donauuferbahn verlegt wird. Da derzeit die eigentliche rechte Uferkante etwa 2,50 m tiefer liegt als die Scheitellinie Engerthstraße—Wehlistraße, wurde schon bei relativ geringem Hochwasser der dazwischen liegende Stadtgebietsstreifen von 270 m Breite überflutet. Steigt der Hochwasserspiegel über die Scheitellinie, so sind weite Teile der dicht verbauten Bezirke 2 und 20 gefährdet. Wie akut diese Gefahr ist, hat sich bei Hochwässern in den letzten Jahren gezeigt. Durch Erhöhen der eigentlichen Uferkante um 2,50 m würden nicht nur die bisher gefährdeten Stadtgebiete vor einer Überflutung bewahrt werden, sondern es wäre sogar noch — die Absenkung des Wasserspiegels der Donau durch den Entlastungskanal berücksichtigt — eine Sicherheitshöhe von 1 m gegeben. Ohne Entlastungskanal würde der Hochwasserspiegel bei der als Maximalwert angenommenen Durchflußmenge von 14.000m³/sec bis knapp unter die erhöhte rechte Uferkante reichen.

Zur Überprüfung der berechneten Werte wurde ein Modell des Projektes im Maßstab 1 : 100 angefertigt. Die Versuchsergebnisse stimmten mit den Berechnungen weitgehend überein. Dabei wurde auch überprüft, ob Veränderungen im Geschiebehaushalt des Stromes eintreten könnten. Die Versuche am Modell zeigten jedoch, daß weder in den Übergangsstrecken noch in der Regelstrecke eine Beeinträchtigung des bestehenden Gleichgewichtszustandes im Geschiebehaushalt eintritt.

Der Ausbau der rechten Hochkante ist erste und dringendste Aufgabe bei der Verwirklichung des Gesamtprojektes.

Josef Donner

Das Wiener Wasser

So wie Luft und Sonne ist auch das Wasser eine unabdingbare Voraussetzung für jegliches Leben auf dieser Welt. Von allen Schätzen der Natur hat der Mensch seit eh und je dem Wasser die größte Aufmerksamkeit geschenkt, denn es ist ein ungemein kostbares Gut, das nicht überall und in beliebiger Menge zur Verfügung steht. Siedlungen sind immer nur dort entstanden, wo genügend Wasser vorhanden war. Die einwandfreie und ausreichende Wasserversorgung einer Siedlung gehört zu jenen öffentlichen Angelegenheiten, die für das gesunde Leben von erstrangiger Bedeutung sind.

Das Wiener Wasser hat wegen seiner Güte und Frische weltweite Berühmtheit erlangt und die Wiener Bevölkerung wird um diesen Schatz vielfach auch beneidet. Die Leistungen der Stadt Wien auf dem Gebiet der Wasserversorgung werden in der ganzen Welt anerkannt und gewürdigt.

Wien wurde schon frühzeitig mittels Quellwasserleitungen versorgt. Die ersten Wasserleitungsanlagen auf Wiener Boden wurden für die Militärsiedlung Vindobona von den Soldaten der X. bzw. XIII. römischen Legion erbaut; der Verlauf dieser „römischen Leitung", von den Quellfassungen in Gumpoldskirchen (Ursprungsquelle) und in Perchtoldsdorf (Herkulesquelle) bzw. Hernals bis zum Zentrum des befestigten Lagers in der Nähe des heutigen Hohen Marktes, konnte durch Funde (Kanäle mit quadratischem Querschnitt) mit ziemlicher Sicherheit festgestellt werden. Zu welcher Zeit diese Anlagen zugrunde gingen, darüber fehlen alle Anhaltspunkte.

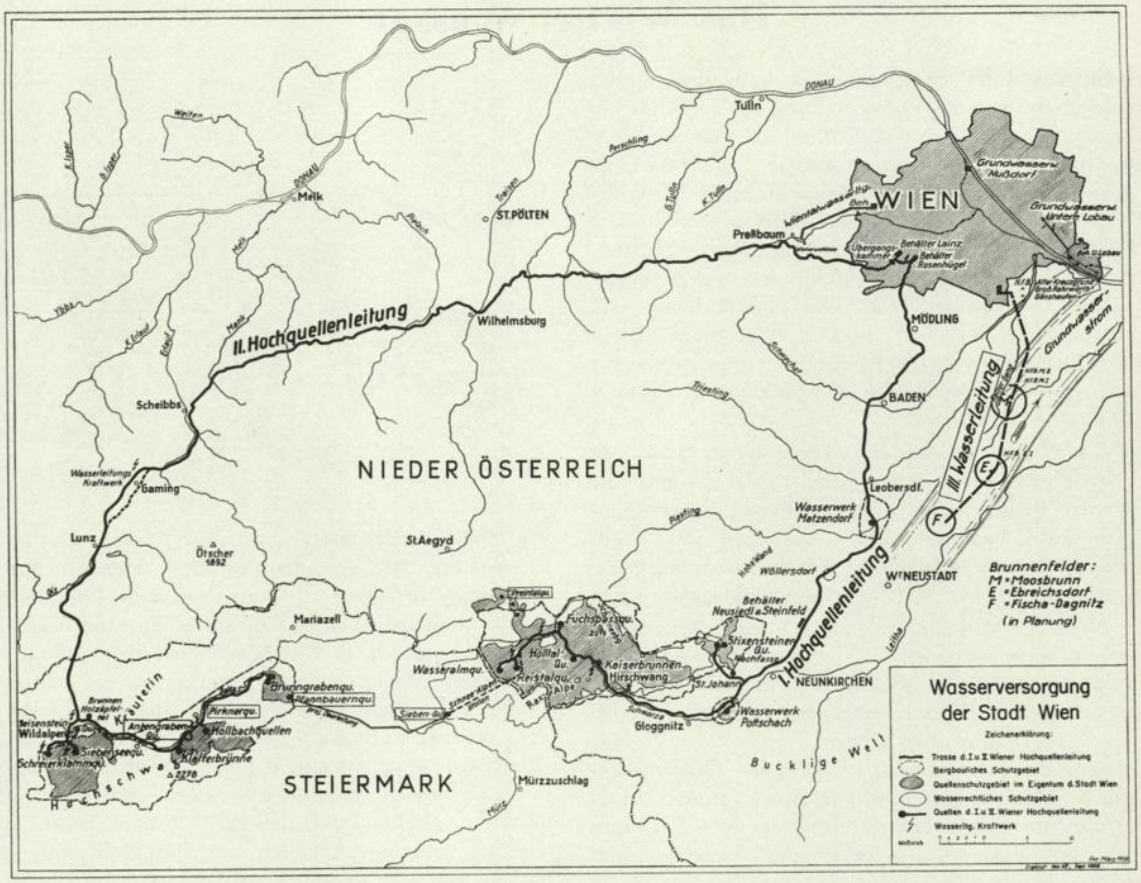
Bis in das beginnende 16. Jahrhundert bestanden in Wien keine zentralen Wasserleitungen; der Wasserbedarf wurde aus Hausbrunnen gedeckt. Im Jahre 1552 wurde die kaiserliche Hofwasserleitung („Siebenbrunnenfeldleitung") errichtet, die das in Brunnenstuben auf der Siebenbrünnerwiese in Matzleinsdorf gesammelte Quellwasser, in einer Menge von rund 180 m³ pro Tag, zur Hofburg und einigen anderen Häusern leitete.

Der große Stadtbrand vom Jahre 1525 zeigte, daß die vorhandenen Hausbrunnen bei Elementarkatastrophen nicht ausreichten; daher wurde ein Jahr später, im Jahre 1526, von Kaiser Ferdinand I. angeordnet, daß zur wirksamen Bekämpfung von Feuersbrünsten ein „fließendes Wasser" durch die Stadt zu leiten sei, Brunnenrohrkessel, wie sie schon Kaiser Maximilian I. eingerichtet hatte, sollten eingeführt werden. Man entschloß sich, für diese erste, öffentlichen Zwek-

ken dienende Wasserleitung, die Quellen aus der Einsattlung des Alsbaches zwischen Hernals und Dornbach, in einem Brunnenkasten zu sammeln und in unterirdischen Holzgränden bis zum Stadtwall und von da in Bleirohren zum Brunnenhaus am Hohen Markt zu leiten. Im Jahre 1565 wurde diese „Hernalser Wasserleitung", die als älteste, auf städtische Kosten errichtete Wasserleitung Wiens anzusehen ist und die ca. 500 m³ täglich lieferte, in Betrieb genommen. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ließ der Wiener Stadtrat mehrere ergiebige Quellen am Hungelbrunn — hier befand sich angeblich ein Brunnen, der nur in Miß- oder Hungerjahren wasserreich gewesen sein soll — sowie Quellen am Laurenzergrund, am Fuße des Wienerberges, fassen und etwa 60 m³ Wasser pro Tag zum bereits genannten Brunnen am Hohen Markt leiten. Diese Wasserleitung wurde im Jahre 1735 wesentlich erweitert, wobei auch einige Privathäuser mitversorgt wurden.

In den nachfolgenden Jahrzehnten, etwa bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, wurden dann teils von privater, teils von öffentlicher Hand eine Reihe weiterer Wasserleitungen gebaut, die gutes Quellwasser aus der näheren Umgebung von Wien in die Stadt beförderten. Alles in allem lieferten sie ein Tagesquantum von maximal 1500 bis 1600 m³. Der überwiegende Teil der Bevölkerung war aber nach wie vor auf Hausbrunnen und auf den Wasserwagen angewiesen.

Der „Wassermann", zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine typische Figur im Wiener Straßenbild, brachte von den in den einzelnen Vorstädten bestehenden Auslaufbrunnen mit Pferdewagen, auf denen sich große, mit Wasser gefüllte Bottiche befanden, Trinkwasser in die Stadt, wo es gegen



Entgelt abgegeben wurde. Die Ankunft des Wassermannes wurde durch die Rufe des vorausgeschickten „Wasserbuben“: „Der Wassermann ist da!“ angekündigt. Die Abgabe des Wassers gestaltete sich oft recht stürmisch und die sich hiebei abspielenden Episoden gehörten mit zur Unterhaltung der damaligen Dienstleute. In die oberen Stockwerke wurde das Wasser in Butten von einer eigenen Gilde, nämlich der „Wasserweiber“ getragen.

Die erste größere einheitliche Wasserleitung mit verzweigtem Rohrnetz, welche die gesamte Stadt versorgen konnte, entstand mit der „Kaiser-Ferdinands-Wasserleitung“. Kaiser Ferdinand I. stellte das ihm im Jahre 1835 überreichte Krönungsgeschenk zur teilweisen Finanzierung des Baues einer Wasserleitung in Wien zur Verfügung. Zum erstenmal gelang es, auch die Vorstädte in ausreichendem Maße mit Wasser zu versorgen. Die Wasserleitung mußte insbesondere deshalb errichtet werden, weil sich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die Bevölkerungszahl um rund 40 Prozent erhöht hatte. Die Kaiser-Ferdinands-Wasserleitung konnte im Jahre 1841 teilweise in Betrieb genommen werden. In der Folge ergaben sich aber finanzielle Schwierigkeiten und die Vollendung des Werkes war in Frage gestellt. Im Jahre 1843 wurde die Obsorge für die Weiterführung der Arbeiten und Aufbringung der Mittel dem Wiener Magistrat übertragen, dem es gelang, die Wasserleitung im Jahre 1846 zu vollenden. Das durch Sand- und Schotterschichten des Donaukanalufers an der Spittelauer-Lände unweit der Nußdorfer-Linie filtrierte Grundwasser wurde aus Saugkanälen gewonnen und in ein Bassin geleitet, aus dem es durch mit Dampfmaschinen betriebenen Kolbenpumpen in drei Reservoire gefördert wurde, deren kleinstes noch heute in der Parkanlage des Baumannplatzes im 18. Bezirk, gegenüber Michelbäuern, zu sehen ist. Das Schöpfwerk erreichte schließlich eine Leistung von 10.000 m³ pro Tag, was einer Kopfquote von 16 Liter entsprach. Die Qualität des Wassers war infolge ungenügender Filtration nach heutigen Begriffen ausgesprochen sanitätswidrig und die Quantität noch lange nicht ausreichend.

Der vom Gemeinderat am 21. November 1862 eingesetzten Wiener Wasserversorgungskommission war die Aufgabe gestellt, unter Berücksichtigung des Grundsatzes „die Stadt Wien mit gutem Trink- und Nutzwasser in einer vollkommen ausreichenden Menge zu versorgen und hiebei dem aus dem Gebirge herleitbaren Wasser, jenem des Donaustromes den Vorzug zu geben" nach neuen Wassergewinnungsstellen zu forschen. Dieser mühevollen Aufgabe haben sich die Mitglieder der Kommission im Verein mit erprobten Wasserfachmännern in gründlichster Weise unterzogen. Am 12. Juli 1864 wurde der von dem bedeutenden Geologen Universitätsprofessor Eduard Suess verfaßte Bericht über die abgeschlossenen Erhebungen vom Gemeinderat angenommen und nach sechsstündiger Debatte der denkwürdige Beschluß gefaßt, die Errichtung einer Wasserleitung aus dem Rax-Schneeberg-Gebiet zu projektieren. Die Kommission veranlaßte die genaue Trassierung und Geländeaufnahme sowie die Verfassung der detaillierten Baupläne und Kostenvoranschläge. Am 19. Juni 1866 wurde das umfangreiche Bauprojekt vom Gemeinderat genehmigt, wobei die Baukosten mit 14 Millionen Gulden veranschlagt wurden und diverse Einwände gegen das große Projekt entkräftet werden konnten. Bereits am 27. Juli 1864 hatte Ernst Graf von Hoyos Sprinzenstein der Stadt Wien die bei seinem Schloß Stixenstein, am Nordostfuß des Schneeberges entspringende mächtige Quelle überlassen und am 1. Mai 1865 — anläßlich der Eröffnung der Ringstraße — schenkte Kaiser Franz Joseph der Stadt Wien, die dem k. k. Finanzärar gehörige, an der Südwestseite des Schneeberges entspringende Quelle des Kaiserbrunnens im Höllental. Die ursprünglich zur Einleitung vorgesehene Altaquelle in Brunn bei Pitten wurde mit Kaufvertrag vom 25. Oktober 1863 um 10.000 Gulden erworben. Nach Vorliegen des rechtskräftigen Baukonsenses (22. Juli 1868 bzw. 22. März 1869) und Durchführung der umfangreichen Grundeinlösungen sowie der technischen und administrativen Vorarbeiten wurde am 6. Dezember 1869 im Höllental der erste Sprengschuß abgegeben und am 21. April 1870 am Rosenhügel der erste Spatenstich für einen Trinkwasserspeicher getan. Die Bauarbeiten wurden derart lebhaft betrieben, daß sie bereits nach 3 Jahren abgeschlossen werden konnten. Am 1. September 1873 konnte unter Bürgermeister Dr. Cajetan Felder, der entscheidend für den Bau eingetreten ist, das Reservoir am Rosenhügel zum erstenmal mit Wasser aus der „I. Wiener Hochquellenleitung", die für die damalige Zeit eine aufsehenerregende Errungenschaft war, gefüllt werden. Das große Wasserwerk wurde am 24. Oktober 1873 mit einer feierlichen Eröffnung des Hochstrahlbrunnens am Schwarzenbergplatz in Betrieb genommen. Dieser Brunnen konnte aus den Preisnachlässen errichtet werden, die der Bauunternehmer Antonio Gabrielli, der das billigste Offert zum Bau der I. Wiener Hochquellenleitung stellte, der Stadt Wien gewährte. 80 Liter reines Hochquellenwasser standen nunmehr der Bevölkerung Wiens pro Kopf und Tag zur Verfügung. Typhus- und Cholerasterblichkeit gingen rapid zurück.

Bis zum Jahre 1900 war die Wiener Bevölkerung insbesondere durch die im Jahre 1891 erfolgte Einbeziehung weiterer Vororte in das Wiener Gemeindegebiet auf die Zahl von rund 1,399.000 angestiegen. Trotz der Erweiterungsarbeiten an der I. Wiener Hochquellenleitung war das je Kopf zur Verfügung stehende Wasserquantum immer mehr zurückgegangen. Das Stadtbauamt wurde daher vom Wiener Gemeinderat bereits im Jahre 1883 beauftragt, seine Studien zwecks Einbeziehung weiterer Hochquellen fortzusetzen und über das Resultat baldigst zu berichten.

Nach Amtsantritt des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger wurde die Grundlagenforschung für die Errichtung einer zweiten Hochquellenleitung in Angriff genommen, wobei sich aber diese Arbeiten über ein wesentlich größeres Gebiet erstreckten als beim Bau der I. Wiener Hochquellenleitung. Das zusammengetragene umfangreiche Material ergab die Ausbauwürdigkeit der im steiermärkischen Salzatal zwischen Gußwerk und Mariazell und Wildalpen auftretenden sechs Quellen, und zwar der Brunngraben- und Höllbachquelle, Kläfferbrünne, Seisenstein-, Siebensee- und Schreyerklammquelle. Am 22. Juni 1898 beauftragte der Stadtrat den Magistrat, Verhandlungen mit den Grundeigentümern zum Erwerb des Einzugsgebietes dieser Quellen und bezüglich der Wasserrechte mit den Wasserrechtsinteressenten einzuleiten. Der Detailentwurf und die Pläne für die Wasserleitungs-Trasse, die 38 fremde Gemeinden durchzieht, wurden in den darauffolgenden zwei Jahren ausgearbeitet.

Am 27. März 1900 beschloß der Gemeinderat den Bau der II. Wiener Hochquellenleitung mit einer Leistungsfähigkeit von 200.000 m³ pro Tag und einer voraussichtlichen Kostensumme von 100 Millionen Kronen. Die feierliche Eröffnung der II. Wiener Hochquellenleitung fand am 2. Dezember 1910 im Wiener Rathaus statt. Um das Wasser der II. Hochquellenleitung aufnehmen zu können, mußten die Wasserverteilungsanlagen ausgebaut werden. Von 1907 bis 1916 wurden insgesamt 11

neue Wasserbehälter, 5 Hebewerke, 6 Kraftwerke errichtet und 40 km Zuleitungs- sowie mehrere hundert Kilometer Verteilungsrohrstränge verlegt. Die gesamte Abgabemenge aus dem Wiener Stadtrohrnetz bzw. aus dem Leitungskanal der beiden Hochquellenleitungen konnte in den Jahren 1911 bis 1915 von 68,57 Millionen auf 110,20 Millionen Kubikmeter gesteigert werden.

Vorläufig reichte das Wasser aus der 1. und 2. Hochquellenleitung für den Bedarf der Wiener aus. In den Jahren der 1. Republik lag daher das Schwergewicht auf der Verbesserung der technischen Einrichtungen, dem Ausbau des Verteilernetzes und der Beseitigung von technischen Mängel an den beiden Hochquellenleitungen. Einzelne Quellfassungen wurden verbessert und zusätzlich einige kleine Quellen eingeleitet. Vor allem wurden aber eine Reihe von Wasserleitungs-Kraftwerken gebaut, die das Gefälle der Hochquellenleitungen zur Stromerzeugung nützen. Mit der gewonnenen elektrischen Energie werden Pump- und Schöpfwerke betrieben; der Überschuß wird in das städtische Überlandnetz eingespeist.

Aus den Jahren 1934 bis 1938, der Zeit des österreichischen Ständestaates, ist der Bau des Großraumbehälters im Lainzer Tiergarten zu erwähnen. Der Speicher, der 144.000 m³ Trinkwasser faßt, wurde in einer Bauzeit von 3 Jahren errichtet.

In der Hitlerdiktatur wurde im Jahre 1938 der Stadt Wien ein Wasserrechtskonsens für ein Grundwasserwerk in Nußdorf erteilt. Dieses wurde 1942 als Notwasserwerk errichtet, das bei Beschädigung der 1. Hochquellenleitung durch Kampfhandlungen Wien mit 40.000 m³ Grundwasser pro Tag versorgen sollte.

In den 21 Jahren seit Ende des Zweiten Weltkrieges stieg der Wasserbedarf durch den umfangreichen Neubau von Wohnungen mit Bad und durch den steigenden Lebensstandard, der auch einen erhöhten Wasserverbrauch der Bevölkerung mit sich bringt, sprunghaft an. Als die ärgsten Kriegsschäden an den Anlagen der Wiener Wasserversorgung — in dem 2300 Kilometer langen Rohrnetz waren über 2300 Volltreffer und 4000 kleinere Rohrschäden zu verzeichnen und vier von den Wiener Wasserbehältern waren ganz zerstört oder schwer beschädigt — beseitigt waren, ging die Wiener Stadtverwaltung daran, neue Trinkwasserquellen zu erschließen. Das ehemalige Notwasserwerk Nußdorf wurde auf Grund eines neuerlich erteilten Wasserrechtskonsenses aus dem Jahre 1957 über 100.000 m³ praktisch zur Gänze neu gebaut. Ebenso wurde in der Freudenau ein Grundwasserwerk errichtet. Beide Werke liefern zusammen im Durchschnitt täglich etwa 60.000 m³ Wasser. Im Jahre 1958 erwarb die Stadt Wien die Wientalwasserleitung, die 1898 von einer belgischen Gesellschaft erbaut worden war. Die Wientalwasserleitung wurde gemeinsam mit der Laudonschen Wasserleitung ausgebaut und an das Wiener Versorgungsnetz angeschlossen. Sie liefern heute zusammen etwa 10.000 m³ Wasser pro Tag.

Die Leistung der 1. Wiener Hochquellenleitung wurde in den vergangenen Jahren durch Nachfassung von Quellen und durch Erfassung neuer Tiefquellen sowie durch die Einrichtung einer Verbundwirtschaft mit niederösterreichischen Gemeinden wesentlich gesteigert. Durch diese Maßnahmen ist es gelungen, den Wienern *täglich insgesamt um 130.000 m³ mehr* Wasser zur Verfügung zu stellen. Für die Verbundwasserwirtschaft mußte das Fassungsvermögen der 1. Hochquellenleitung durch Beseitigung von Rohrengen von ursprünglich 160.000 m³ pro Tag auf 190.000 erhöht werden. Der Sinn der Verbundwirtschaft liegt darin, einerseits Wasser an die niederösterreichischen Gemeinden abzugeben und andererseits überschüssiges, nicht benötigtes Wasser anderer Gemeinden der Stadt Wien zuzuführen. Dieser Austausch hat sich als vorteilhaft für alle Beteiligten erwiesen und soll daher weiter verstärkt werden. In der Folge wurden auch die Verteilanlagen im Stadtgebiet ausgebaut; das Wiener Rohrnetz stärker dimensioniert und um etwa 360 km erweitert. Darüber hinaus konnte auch der Fassungsraum der Wiener Behälter um 60.000 m³ auf derzeit 530.000 vergrößert werden. Die bedeutendste Maßnahme dieser Art war jedoch die Errichtung des großen Wasserbehälters in Neusiedl am Steinfeld mit einem Fassungsraum von 600.000 m³ und einem Kostenaufwand von 103 Millionen Schilling. Am 3. Juni 1966 wurde schließlich von Bundespräsident Franz Jonas, Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Hubert Pfoch das Grundwasserwerk „Untere Lobau" eröffnet. Die „Untere Lobau" war das letzte ausbauwürdige Grundwasservorkommen innerhalb des Wiener Stadtgebietes. Mit der Errichtung des Wasserwerkes war im Jahre 1964 nach jahrelangen Untersuchungen über Ergiebigkeit, Auswirkung auf den Grundwasserhaushalt der umliegenden Gebiete und über die Qualität des Wassers begonnen worden. Die Qualitätsprüfungen, die rund 7500 bakteriologische, vireologische, biologische und chemische Untersuchungen umfaßte, bewiesen, daß das Lobauer Grundwasser, dessen Temperatur zwischen 9 und 12 Grad schwankt, als Trinkwasser ausgezeichnet geeignet ist. Die Brunnenanlage des Wasserwerkes besteht aus drei

Wiener Wasserwerke 6., Grabnergasse, Lastverteiler

Brunnenhaus im Grundwasserwerk „Untere Lobau"

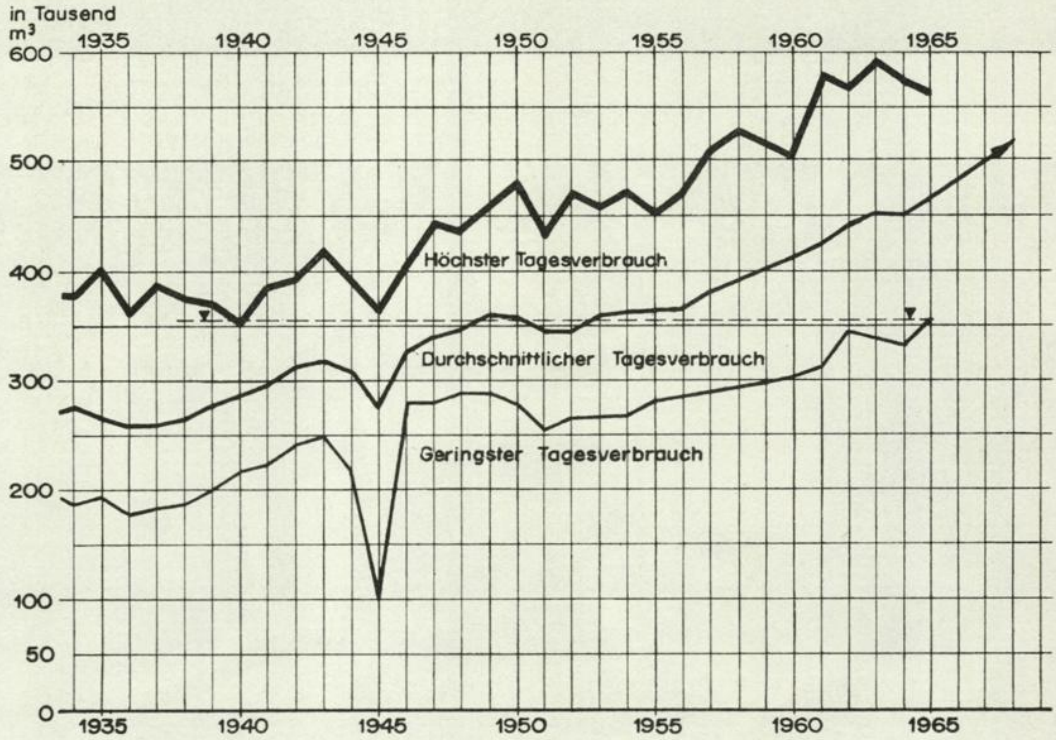
10 bis 12 Meter tiefen Horizontalfilterbrunnen und einem Pumpwerk, das das Grundwasser durch Rohre mit einem Durchmesser von einem Meter und einer Länge von zwei Kilometer in das Wiener Versorgungsnetz einleiten. Die Baukosten für das Grundwasserwerk „Untere Lobau", das bei Vollbetrieb täglich rund 50.000 Kubikmeter Wasser liefern kann, betrugen rund 217 Millionen Schilling.

Die Leistung, die die Stadt Wien in den Jahren seit Kriegsende auf dem Gebiet der Wasserversorgung erbracht hat, kann mit dem Bau einer dritten Hochquellenleitung verglichen werden. So konnte die jährliche Abgabemenge an Trinkwasser seit 1945 um rund 72 Millionen Kubikmeter, das sind 67 Prozent, gesteigert werden. Das Stadtrohrnetz und die Verteilungsanlagen werden laufend ausgebaut und modernisiert und wenn auch der Bedarf der Wiener Bevölkerung ohne Schwierigkeiten gedeckt werden kann, so müssen doch heute schon die Vorarbeiten zur weiteren Leistungssteigerung der Wiener Wasserversorgung durchgeführt werden.

Entwicklung des Trinkwasserbedarfes

Während noch um das Jahr 1900 eine Kopfquote von 140 Liter täglich als obere Grenze der Bedarfssteigerung bis zum Jahre 1950 angenommen wurde, schwankt diese Wassermenge, jahreszeitlich bedingt, derzeit zwischen 300 und 400 Liter. Die Industrie verbraucht etwa 25 Prozent der

Der tägliche Wasserverbrauch in Wien 1935-1965



▼ — Der geringste Tagesverbrauch im Jahre 1965 war höher als der höchste Tagesverbrauch im Jahre 1940

Bundespräsident Franz Jonas, Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Hubert Pfoch bei der Eröffnung des Grundwasserwerkes „Untere Lobau"

Abgabemenge der öffentlichen Wasserversorgung. Größere Betriebe decken ihren Bedarf aus eigenen Brunnenanlagen und fördern daraus durchschnittlich 300.000 m³ täglich. Zu Ende des Jahres 1965 wurden 1,554.029 Personen von den Wiener Wasserwerken beliefert. Die jährliche Zunahme des Wasserverbrauches beträgt derzeit, wie auch in anderen europäischen Großstädten, im Durchschnitt 3 Prozent.

Anfangs der dreißiger Jahre setzte — trotz eines kurzfristigen Rückganges des Gesamtverbrauches — hauptsächlich in den äußeren Bezirken und vor allem in höheren Lagen, durch die zunehmende Besiedlung und durch die Errichtung von Kleingartenkolonien, eine in den Sommermonaten sehr fühlbare Verbrauchssteigerung ein. Heute ist aber als Ursache des rasanten Anwachsens des Wasserbedarfes keineswegs, so wie früher einmal, der Bevölkerungszuwachs anzusehen. Die Verbrauchssteigerung ist vielmehr auf die fortschreitende Zunahme des häuslichen Wasserverbrauches, bedingt durch den Neubau zerstörter und die Modernisierung überalteter Häuser, sowie durch die Erschließung neuer Siedlungsgebiete zurückzuführen. An Stelle der Althäuser, in denen in jedem Geschoß nur ein gemeinsamer Wasserauslauf („Bassena") für alle Wohnparteien bestand, in denen es kein eigenes WC, höchstens gemeinsame Klosettanlagen gab, entstanden Häuser mit Wohnungen, von denen jede einzelne mehrere Wasserausläufe besitzt. Die Anzahl der derzeit an das Wiener Wasserleitungsrohrnetz angeschlossenen Einrichtungen wird auf weit über 3 Millionen geschätzt. Verständlich, daß dadurch ein Wasserverbrauch ausgelöst wird, der den früheren um ein Vielfaches übersteigt. Der besonders in den Sommermonaten überaus hohe Wasserverbrauch ist jedoch nicht allein auf das erhöhte Badebedürfnis, sondern auch auf die Verwendung von Trinkwasser für Kühlzwecke in Haushalten ohne Kühlschrank zurückzuführen. Der Wasserverbrauch, der sich derzeit zwischen 450.000 bis 600.000 m³ pro Tag bewegt, wird sich entsprechend der noch weiter steigenden Tendenz in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich um rund 50 Prozent erhöhen. Es wird also mit einem zukünftigen Tagesdurchschnittsverbrauch von rund 750.000 m³ zu rechnen sein.

Erweiterungen und Neubauten von Wasserversorgungseinrichtungen

Das derzeitige Nahziel der Wiener Wasserwerke ist es, 800 Millionen Liter Wasser täglich für Wien zur Verfügung stellen zu können. Aus diesem Grund wurden große und bedeutende Wasserleitungsprojekte in Angriff genommen.

Mit einem feierlichen Stollenanschlag am 6. Dezember 1965 begannen die Arbeiten zur Fassung und Einleitung der „Sieben Quellen im Karlgraben". Mit ihrem Abschluß wird die Leistungsfähigkeit der I. Wiener Hochquellenleitung um rund 35.000 m³ erhöht werden. Der Kostenaufwand für dieses Bauvorhaben wurde mit 110 Millionen Schilling präliminiert. Ein ähnliches Projekt sieht die Fassung und Einleitung der Pfannbauerquelle vor, die eine Ergiebigkeit von rund 40 Millionen Liter pro Tag aufweist. Weiters ist eine III. Wiener Wasserleitung projektiert, die qualitativ ausgezeichnetes Grundwasser aus dem südlichen Wiener Becken nach Wien leiten wird. Das Projekt ist bereits seit dem Jahre 1948 zur wasserrechtlichen Behandlung beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, als der für Wien zuständigen Wasserrechtsbehörde, anhängig. In einer Zeit, da fast das gesamte Angebot des Landes an Wasser entweder schon genutzt oder zumindest bereits in festen Händen war, oder aber von verschiedenen Interessentengruppen, für die verschiedenartigsten Zwecke und Zukunftspläne beansprucht wurde, mußte man für die Erhaltung des Grundwasserpegels mit äußerst langwierigen Forschungen und Beweisverfahren bzw. mit äußerst zähen Verhandlungen bei der Erwerbung neuer Wasserrechte zur Gewinnung jener gewaltigen Wassermengen rechnen, die notwendig sind, um die Wasserversorgung der Bundeshauptstadt für längere Zeit sicherzustellen. Die bisher im südlichen Wiener Becken errichteten Anlagen (zwei Horizontalfilterbrunnen in Moosbrunn und einer in Ebreichsdorf), sowie die durchgeführten Pumpversuche und das umfangreiche Beweissicherungsverfahren, erforderten bereits Kosten von rund 26 Millionen Schilling. Derzeit wird von der Technischen Hochschule Wien eine Wasserbilanz für das südliche Wiener Becken aufgestellt, die der Obersten Wasserrechtsbehörde eine Aufteilung des kostbaren Wasserschatzes ermöglichen soll.

Der für den Ausbau der Wasserversorgungsanlagen der Stadt Wien in den nächsten 10 Jahren erforderliche Investitionsbedarf wird außerordentlich hoch sein. Allein für den Bau der III. Wiener Wasserleitung ist mit einem Kostenaufwand von rund 700 Millionen Schilling zu rechnen. Der Ausbau des Stadtrohrnetzes darf mit rund 500 Millionen Schilling, die Vergrößerung des Behälterraumes mit 30 Millionen Schilling angenommen werden. Es ist zu erwarten, daß die Errichtung der III. Wiener Wasserleitung, die auch einer Anzahl niederösterreichischer Gemeinden zugute kommen wird, bald eine Realisierung erfahren kann.

Wenn diese Bauvorhaben verwirklicht werden, so sind alle erforderlichen Maßnahmen eingeleitet, damit die Wasserversorgung Wiens in Gegenwart und Zukunft mit einwandfreiem, gutem Trinkwasser gewährleistet werden kann.

KAPSREITER
GESELLSCHAFT M·B·H·
1010 WIEN · I · PARKRING 16
TEL · 52 · 26 · 17
HOCHBAU
TIEFBAU
STRASSENBAU
—
GRANITSTEIN-
MATERIAL
FÜR ALLE BAUZWECKE
AUS UNSEREN
STEINBRÜCHEN IN
SCHÄRDING O·Ö·
Scha 40/81